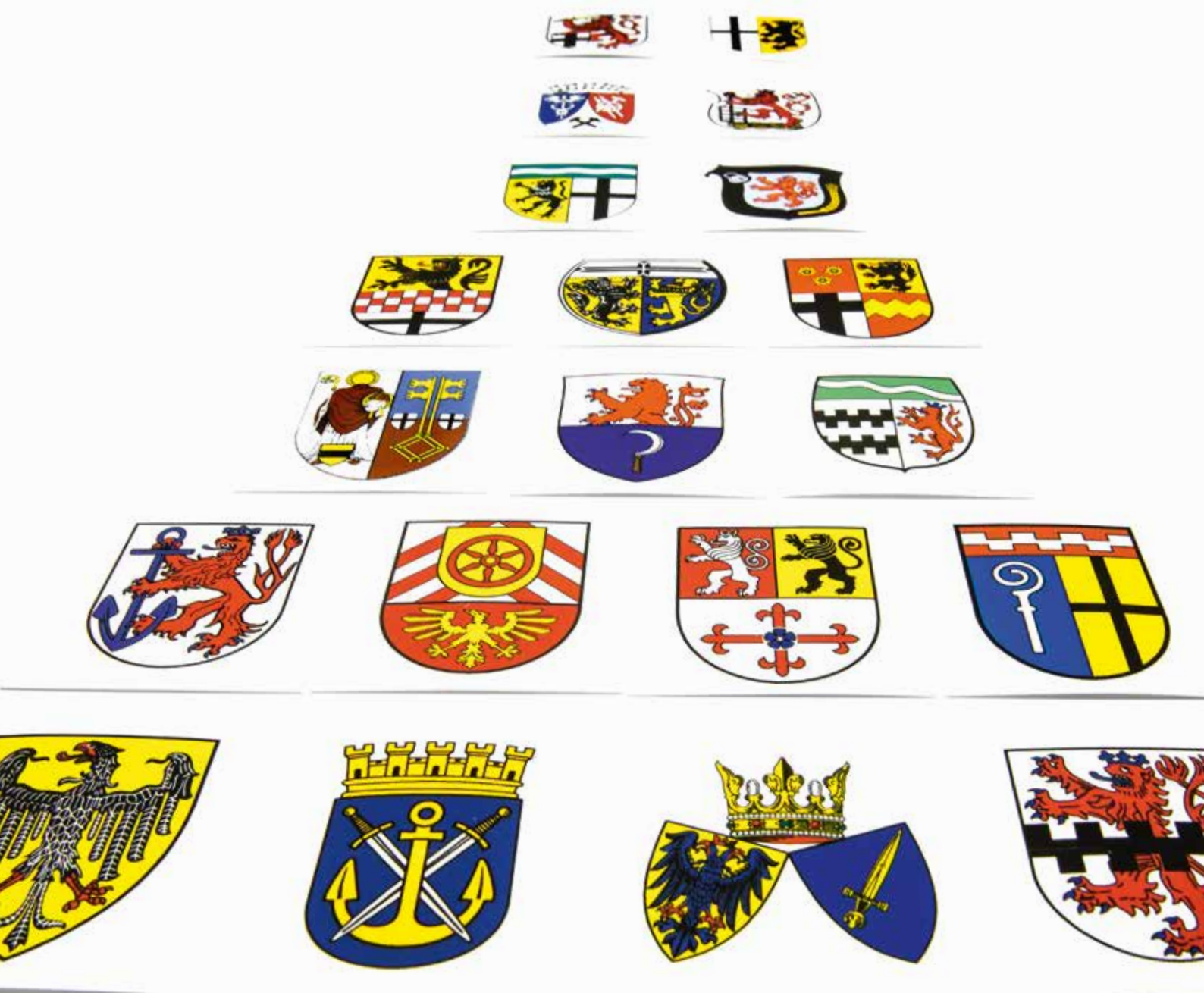


Hochinklusiv: Politische Partizipation

HephataMagazin

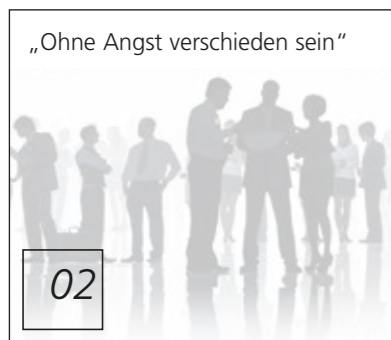
EINBLICKE - ANSICHTEN - AUSBLICKE

Nr. 55
November / 20



Inhalt

HephataMagazin
Ausgabe 55 | November 2020



Editorial 01

„Ohne Angst verschieden sein“
Politische Partizipation als Kritik
von Prof. Dr. Waltraud Meints-Stender 02

EIN MENSCH, EINE STIMME 06
Leah Besser über den Landtags-
abgeordneten Bijan Kaffenberger

Geschlossene Gesellschaft
Wie partizipativ ist die
Kommunalpolitik in NRW?
Eine Betrachtung von Christina Baum 08

Ein verhinderter Kaffee in
Brüggen 10
Dr. Harald Ulland im Gespräch mit
Andrea Hanisch und Karl-Heinz Kellerhoff
– Behindertenbeauftragte in Brüggen

Und Tschö!
Abschiedsworte von
Christian Dopheide 11

„sent from my wheelchair!“
Ein Interview mit dem Aktivistin
Raúl Krauthausen – von Ingo Fulfs 12

Könige sind wir alle gemeinsam 14
Ein Geistliches Wort in Leichter
Sprache von Klaus Eberl

Kunst im urbanen Raum als
Austausch zwischen allen Menschen 15
Ein Projekt zur kulturellen Partizipation
aus dem Atelier Strichstärke

Fragen: Manchmal nicht leicht
zu stellen 16
Über Politische Partizipation an der
Hans-Helmich-Schule

„Mitreden – mitgestalten“
Vanessa Strauch über einen
Entwicklungsprozess zur
Zukunft der Jugendhilfe 18

NOCH VIEL ZU TUN... 19
Sarah Steinfeld zu den rechtlichen
Hintergründen politischer Partizipation
von Menschen mit Behinderung

Wer öffnet Türen und
baut Brücken? 20
Partizipation als Querschnittsaufgabe der
Fachschulen am Hephata-Berufskolleg

Sehr geehrter Herr Heinrichs... 22
Ein Briefwechsel

VISION HEPHATA 23
Christian Dopheide über Hephata als
Menschenrechts- und Bürgerrechts-
bewegung

Ein CABito für jede Wohngruppe 24
Unsere Spendenaktion zur digitalen
Teilhabe in der Hephata Jugendhilfe

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Editorial entsteht immer kurz vor Redaktionsschluss. Es muss ja erst einmal gesichtet werden, wie die eingeworbenen Artikel eigentlich ausschauen. Und nun entsteht dieses Editorial zu einer Zeit, da ist die Frage viel bedeutsamer, wie unsere nahe Zukunft ausschauen wird. Nach einem praktisch ausgefallenen Osterfest blicken wir jetzt auf eine Advents- und Weihnachtszeit, wie sie die Welt wohl noch nicht erlebt hat.

Die Heilige Nacht bedeutet: Gott ist uns Menschen so nahe gekommen, wie es nur ihm möglich ist. Er hat sich mit dem Sohn eines Zimmermanns buchstäblich identi-fiziert. Wie sollen wir Menschen dem, feiernd, würdig entsprechen unter dem Gebot der sozialen Distanz, auf dass sich niemand in-fiziere? Eigentlich geht das gar nicht. Und es muss doch irgendwie gehen.

Wir bieten Ihnen in dieser Ausgabe Beiträge zum Thema der politischen Partizipation. Das klingt erst einmal gar nicht sehr weihnachtlich. Immerhin bleibt aber dieses Jahr wohl Zeit genug, um auch anspruchsvolle Texte mit der erforderlichen Ruhe zu lesen. Der Leitartikel von Waltraud Meints-Stender ist nämlich ein solcher. Wie üblich, möchten dann die meisten der anderen Artikel das Thema ins Licht der Praxis rücken. Lassen Sie sich überraschen von der Vielfalt, die wir hier entdeckt haben.

Die Ansicht, dass Partizipation, also die nicht bloß beiläufige, sondern mitgestaltende Teilhabe, nichts Weihnachtliches an sich habe, ist natürlich ein Trugschluss. Wenn Weihnachten bedeutet, Gott habe sich in Christus uns allen gleich gemacht, dann gilt diese seine Partizipation bis in die letzte Konsequenz: „Er erniedrigte sich selbst und ward gehorsam bis zum Tode, ja zum Tode am Kreuz.“ (Phil. 2, 8). Wer Weihnachten mit Paulus so versteht,

kann nur mit Paulus daraus schließen: „Ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus. ... Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ (Gal. 3, 26.28). Sucht man deshalb nach einem unbiblischen Begriff für den Zielpunkt der politischen Dimension des Evangeliums, so kann dieser nur „Inklusion“ heißen. Beim Gott, der bei den Hirten zur Welt kommt, bleibt niemand außen vor.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen Ihr Vorstand der Evangelischen Stiftung Hephata



Dipl.-Kaufmann
Klaus-Dieter Tichy

Pfarrer
Christian Dopheide



Titel: ©Udo Leist
Das Titelbild zeigt die Wappen aller Kreise und Städte, in denen die Evangelische Stiftung Hephata aktuell mit Angeboten in den Bereichen Wohnen, Jugendhilfe, Bildung und Werkstätten aktiv ist.

„Ohne Angst verschieden sein“

POLITISCHE PARTIZIPATION ALS KRITIK

von Prof. Dr. Waltraud Meints-Stender



©PHOTOMORPHIC PTE. LTD., Stock Adobe.com

„Mitmachen wollte ich nie“. Diese Aussage von Leo Löwenthal, der neben Adorno, Horkheimer und Marcuse zum inneren Kreis der Kritischen Theorie gehörte, aus einem Interviewband mit Helmut Dubiel am Anfang eines Leitartikels zur politischen Partizipation zu zitieren, mag irritieren. Es verweist jedoch darauf, dass der Begriff der Partizipation sich keineswegs von selbst versteht. Im Gegenteil: Er hat die Eigenschaft eines Catchall-Begriffs, der erst durch eine Präzisierung und Kontextualisierung zu einem positiven oder negativen Begriff wird.

nicht selbstverständlich davon auszugehen, dass hier eine demokratische Teilhabe, ein gleichberechtigtes Miteinander, was auch sozialen Voraussetzungen gegenüber nicht blind ist, gemeint ist. Auch antidemokratische, nationalistische und rassistische Bewegungen und Parteien wollen partizipieren. Sie ersetzen jedoch den Begriff des Demos durch den des Ethnos. Und spätestens seit der Einführung von Hartz IV mit dem Prinzip von „Fördern und Fordern“ wird die Aufforderung zur Partizipation mit

Krise der Demokratie – Krise der Partizipation?

Dass die Demokratie sich in einer Krise befindet, scheint in gesellschaftspolitischen Debatten unumstritten zu sein. Umstritten ist jedoch, worin genau diese „Krise der Demokratie“ besteht: Leben wir in der „Postdemokratie“, (Ranciere 2002, Crouch 2008), in „Demokratien gegen den Staat“ (Abensour 2012) oder gar in einer „Demokratie ohne Volk“ (Thélène 2011)?

neuer PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.“ Die Mehrheit der Bürger*innen spielt dabei nur noch eine passive und häufig sogar apathische Rolle und reagiert nur auf die Signale, die man ihr gibt. Jenseits des öffentlichen Spektakels und der politischen Inszenierungen aber werde „die reale Politik

Demokratie und Partizipation

Demokratische politische Systeme sind dadurch gekennzeichnet, dass in ihnen die Herrschaft des Volkes ausgeübt wird, um die Interessen und Bedürfnisse des Volkes zu regeln. Welche Formen von Partizipation damit aber verbunden sind, korrespondiert mit unterschiedlichen Formen von Demokratie. So hat z.B. Schumpeter (1950) ein elitenbasiertes Konzept der Demokratie vertreten, in der politische Partizipation auf Wahlbeteiligung reduziert wird. Er ging von

pars

Kein System, das nicht auf Partizipation setzt: Politische Partizipation kann emanzipatorisch, aber auch systemkonform oder gar Teil von diktatorischen Regimen sein. Sie kann zu einer Regierungstechnologie werden, die in allen Kapillaren des gesellschaftspolitischen Systems verankert ist. Diese Unbestimmtheit des Begriffs wird auch in der etymologischen Bedeutung deutlich. Das Wort hat seinen Ursprung im lateinischen „particeps“. Es setzt sich zusammen aus „pars“ (Teil) und „capere“ (an-

teilnehmen, teilnehmen, beteiligen). Durch „pars“ wird deutlich, dass immer auf ein Ganzes Bezug genommen wird, von dem es ein Teil ist, und „capere“ kann als ein anteilnehmendes, teilhabendes und eingreifendes Element zum Ganzen verstanden werden. In welcher Weise nun dieses „capere“ zu verstehen ist, welche Formen es annimmt, ist aus dieser Bestimmung nicht weiter ableitbar. Wenn also Aufforderungen zur Partizipation an die Bürger*innen ergehen, so ist

der Übernahme von ökonomischer Eigenverantwortung verknüpft und zu einem Mechanismus neoliberaler Regierungstechnologie, die ökonomische Prinzipien in alle Bereiche des gesellschaftspolitischen Lebens bringt. Es kommt also darauf an, zu prüfen, wie der Begriff der Partizipation in verschiedenen Demokratiemodellen verwendet wird.

capere

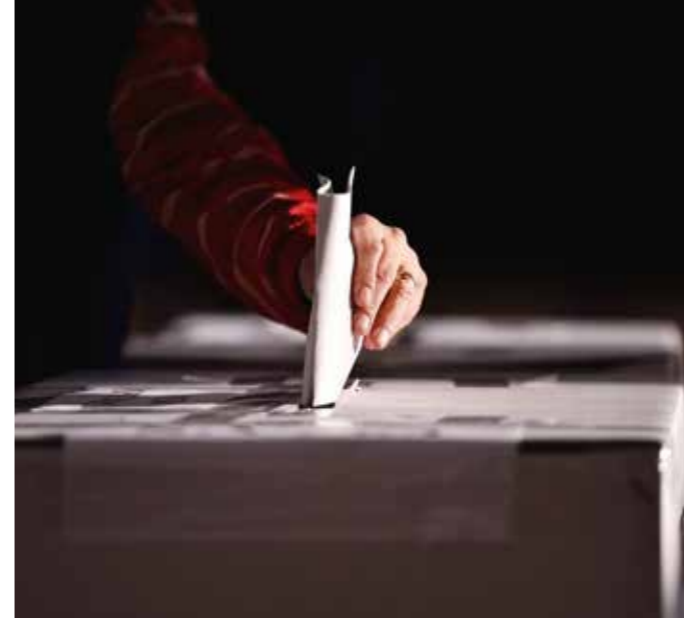
Die Diagnose der „Postdemokratie“ ist allgegenwärtig und geht davon aus, dass die Institutionen der Demokratie nach wie vor funktionieren, diese aber von den Bürger*innen nicht mehr unterstützt werden. Der Begriff bezeichne, so schreibt der Politikwissenschaftler Colin Crouch, „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professio-

hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, 10).

Sollte die Diagnose von der „Postdemokratie“ zutreffen, so wäre die Krise der Demokratie auch eine Krise der Partizipation. Zwischen beiden besteht ein innerer Zusammenhang, so dass es zweifellos richtig ist, dass eine „Demokratie ohne Partizipation“ (B. Lösch 2011) keine ist.

einer Art „Arbeitsteilung“ zwischen Regierenden und Bürgern aus, bei der die Bürger*innen „respektieren und einsehen“ sollten, dass nach der Wahl der Eliten „die politische Sache“ die des Gewählten ist, und nicht mehr die des Bürgers (Schumpeter 1950, 468).

Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas hat demgegenüber drei Demokratieverständnisse unterschieden: das liberale, das republikanische und das Konzept der „deliberativen Demokratie“. Alle unterscheiden sich



PARTIZIPATION



hinsichtlich der Partizipation und d.h. hier: des politischen Prozesses, der Willens- und Meinungsbildung (Habermas 1996, 277ff.). Das liberale Demokratieverständnis sieht die Funktion der politischen Willensbildung der Bürger*innen darin, die „Durchsetzung gesellschaftlicher Privatinteressen gegenüber einem Staatsapparat, der auf die administrative Verwendung politischer Macht für kollektive Ziele spezialisiert“ ist, durchzusetzen. Die Bürger*innen der liberalen Demokratie werden durch ihre Rechte vom Staat geschützt und gleichzeitig fungieren ihre Bürgerrechte auch als Schutz gegen Interventionen des Staates. Sie verfolgen ihre Privatinteressen, die sie u.a. durch Wahlbeteiligung für bestimmte Parteien sichern möchten. Im Unterschied dazu versteht das republikanische Modell der Demokratie die politische Willens- und Meinungsbildung nicht als die Verfolgung von Privatinteressen, sondern als „Beteiligung an einer gemeinsamen Praxis, durch deren Ausübung die Bürger*innen sich erst zu dem machen können, was sie sein wollen – zu politisch verantwortlichen Subjekten einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen“ (Habermas 1996, 279).

Zusammenfassend kann man sagen: Legt die Willens- und Meinungsbildung innerhalb der liberalen Demokratie den Fokus auf die „Strukturen von Marktprozessen“, so liegt der Fokus bei republikanischen Demokratieverständnissen auf den „Strukturen einer verständigungsorientierten öffentlichen Kommunikation“ (Habermas 1996, 282). Ein „deliberatives“ Verständnis

von Demokratie hingegen begreift den Staat nicht als „Hüter einer Wirtschaftsgesellschaft“, die „die Befriedigung der privaten Glückserwartungen produktiv tätiger Bürger“ gewährleistet, sondern plädiert für einen intersubjektiven Kommunikationsprozess, „eine mehr oder weniger rationale Meinungs- und Willensbildung“, durch die kommunikative Macht erzeugt wird. Sprache und Kommunikation bilden die Voraussetzung für das deliberative Demokratieverständnis, um menschliche Angelegenheiten zu regeln. Gründe müssen angegeben werden, das Gegenüber soll durch rationale Argumentationen überzeugt werden und in diesem Austausch verständigen sich die Bürger*innen über die Ausrichtung des politischen Gemeinwesens.

Chantal Mouffe (2011) wiederum kritisiert mit ihrem Verständnis radikaler Demokratie, dass Habermas' Konzeption zu sehr auf den Konsens setzt und damit gesellschaftspolitische unterschiedliche Interessen nicht würdigt. Der Konflikt würde machtpolitisch stillgestellt und dies führe zu einer Krise der Demokratie eigener Art. Vergegenwärtigt man sich diese Verständnisweisen von Demokratie: die liberale, die republikanische, die deliberative oder die radikale Demokratie, so korrespondieren ihnen jeweils spezifische Partizipationsvorstellungen. Die liberale Demokratie korrespondiert mit Konzeptionen der Wahlbeteiligung und des Eigeninteresses, während die deliberative Demokratie den gesellschaftspolitischen Austausch fördert, in dem alle

Bürger*innen ihre Argumente, Meinungen und Ansichten austauschen. Es entstehen so diverse Foren der Öffentlichkeit, die mit den politischen Institutionen in Austausch treten und sich dem besseren Argument im Diskurs anschließen. Der radikalen Demokratie wiederum liegt ein Konzept der gleichberechtigten Teilhabe und eines Selbstgestaltens zugrunde, das Konflikte durch Machtkonstellationen in den Fokus rückt.

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen von Partizipation

Damit Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern als eine Lebensform entwickelt werden kann, bedarf es der sozialen und rechtlichen Voraussetzungen der Bürger*innen, die u. a. durch die Ungleichheitsachsen Class, Gender, Racism und Disability bestimmt sind. Nicht alle Bürger*innen haben die gleichen Voraussetzungen, um allgemein am politischen Leben einer modernen Gesellschaft teilzuhaben. Was die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer für die Geschlechterdemokratie fordert, kann hier allgemein ausgeweitet werden, dass es nämlich gilt, „die gesellschaftlichen Verhinderungsstrukturen von Partizipation wieder in den Blick zu nehmen“, sie „zu untersuchen“, um „Normierungs-, Schließungs-, Segregations- und Hierarchisierungsprozesse“ zu identifizieren und zu reduzieren, damit politische Partizipation überhaupt ermöglicht wird (Sauer 1994, 111; Knapp, zitiert nach Sauer 1994, 111).

Demokratie als Lebensform setzt voraus, dass es kritische Bürger*innen gibt, die das, was in ihrem Namen geschieht, bestimmen und entscheiden. Das setzt aber auch voraus, dass demokratische Institutionen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen offen sein müssen, damit den Menschen diese Institutionen nicht als „fremde Macht“ gegenüberstehen (Jaeggi 2009, 543). Sie müssen in ihrem Selbstverständnis Lern- und Transformationsprozessen gegenüber offen sein (ebd.).

PARTIZIPATION ALS KRITIK

Versteht man politische Bildung als politische Kultur der erweiterten Denkungsart (Benhabib 2013), die eine politische Praxis ermöglicht, in der die Menschen „ohne Angst verschieden sein“ (Adorno) können, setzt dies ein von „Anderen Gesehen- und Gehörtwerden“ (Arendt 1967) voraus, da-

mit ihre gesellschaftspolitischen Voraussetzungen und Bedingungen mitberücksichtigt werden können. Zugleich ermöglicht dieser Erfahrungsaustausch, Wirklichkeit von verschiedenen gesellschaftlichen Perspektiven aus wahrzunehmen, um Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu erörtern. In dieser Form der politischen Praxis, die Andere im Denken und Handelns gleichberechtigt berücksichtigt, können soziale und rechtliche Voraussetzungen erfasst und Demokratie als Lebensform geübt und erlernt werden (John Dewey 1993, (1916)/ Oskar Negt 2010), um eine kritische politische Partizipation auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen. Partizipation in diesem Sinne wäre eine Form von Kritik an gesellschaftspolitischen Zuständen, die den Menschen seiner Würde berauben.

Waltraud Meints-Stender ist Professorin für Politik und Bildung am Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach.

Literatur:

- Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellische Moment, Frankfurt a.M.
- Arendt, Hannah (1967): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München.
- Benhabib, Seyla (2013): Gleichheit und Differenz. Die Würde des Menschen und die Souveränitätsansprüche der Völker im Spiegel der politischen Moderne, (Hrsg. von Volker Drehsen), Tübingen.
- Crouch, Colin (2008 [2004]): Postdemokratie. Frankfurt a.M.
- Dewey, John (1993, 1916): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Weinheim/Basel.
- Habermas, Jürgen (1996): Drei normative Modelle der Demokratie, in: ders.: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt am Main, S. 277 -292.
- Jaeggi, Rahel (2009): Was ist eine (gute) Institution, in: Sozialphilosophie und Kritik, (Hrsg. von Rainer Forst, Martin Hartmann, Rahel Jaeggi, Martin Saar), Frankfurt a.M., S. 528-544.
- Lösch, Bettina (2011): Keine Demokratie ohne Partizipation. Aktive Bürgerinnen und Bürger als Ziel der politischen Bildung, in: Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verl. (2011) S. 111-124.
- Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung, Das Parlament, B 1 - 2, 3. Januar, 2011.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a. M.
- Sauer, Birgit (1994): Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Debatte. Frankfurt am Main/New York, S. 99-130.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen.
- Catherine Colliot-Thélène (2011): Demokratie ohne Volk? Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmissbrauch und Politik, Hamburg.

EIN MENSCH, EINE STIMME

©Götz Schlieser



„Ich bin nicht perfekt.“

Die Frage ist, ob das etwas mit meinem Tourette-Syndrom zu tun hat?“

Bijan Kaffenberger ist SPD-Abgeordneter im hessischen Landtag und der einzige Politiker mit Tourette-Syndrom.

Wenn Bijan Kaffenberger das Prinzip der politischen Partizipation erklärt, klingt es, als wäre es eine simple mathematische Rechnung. Ein Mensch plus eine Stimme ergibt eine Wahlberechtigung und unterm Strich die Gleichung Demokratie.

Doch so einfach war es nicht immer. Denn erst im Februar letzten Jahres beschließt der Bundestag das inklusive Wahlrecht und betont so das Recht auf politische Teilhabe eines jeden Einzelnen. Erst ab diesem Zeitpunkt bedeutet das auch für Menschen mit einer schweren Behinderung oder Men-

schon mit Schuldunfähigkeit: ihre Stimme zählt. Sie dürfen wählen.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, doch noch lange nicht am Ziel, findet Bijan Kaffenberger.

Bijan Kaffenberger ist SPD-Landtagsabgeordneter in Hessen. Mit achtzehn Jahren tritt er bereits der Partei bei. Elf Jahre später wird er jüngster Abgeordneter im hessischen Landtag. Auf dem Papier sei er mehr als ein guter Kandidat, sagt Kaffenberger (31) selbstbewusst über sich. Abgeschlossenes Studium mit Berufserfahrung, trotzdem noch jung, attraktiv und charismatisch – was will Politik mehr?

Dennoch, Bijan Kaffenberger ist anders als seine Kolleg*innen im Landtag.

Kaffenberger wächst wohlbehütet bei seinen Großeltern in der Nähe von Darmstadt auf. Sein Vater hat die Familie schon früh verlassen, ging zurück in sein Heimatland Marokko. Seine Mutter verstirbt jung. Bijan Kaffenberger ist da gerade mal sechs Jahre alt, ein I-Dötchen. Und so geht sein Großvater in den Vorruhestand, um für seinen Enkel da zu sein, erzieht ihn mit liebevoller Strenge. Kaffenberger ist aufgeweckt, clever, nicht immer einfach. Doch welches Kind ist das schon? Nur ab und an hat er diese Tics. Es beginnt kurz nach der Einschulung. Sie schleichen sich immer wieder in sein Nervensystem. Er verliert die Kontrolle über seine

von Leah Besser

Hand, zuckt und zittert, kann nicht stillsitzen. Die Lehrer*innen maßregeln ihn. Seine Großeltern und Ärzt*innen sind ratlos.

„Mich hat es gar nicht gestört. Es war meine Familie, die besorgt war.“

Die Anfälle werden schlimmer. Kinder entwickeln gelegentlich Tics, besonders im jungen Alter. Doch die allermeisten legen diese wieder ab. Kaffenberger jedoch nicht. Am Ende dauert es fünf Jahre, bis Ärzt*innen die Diagnose stellen: Tourette-Syndrom. Eine Krankheit, die auch deswegen so schwer zu diagnostizieren ist, weil mit ihr so viele Begleitsymptome auftreten können. Betroffene leiden häufig auch unter Zwangs- und Aufmerksamkeitsstörungen, Suchterkrankungen, Depression und Autoaggression.

Kaffenberger bleibt vieles erspart. Sein Tourette-Syndrom äußert sich hauptsächlich in seinem Bewegungsmuster. Er wirft seinen Kopf zur Seite, beugt seinen Oberkörper nach vorn, läuft vor und wieder zurück, greift mit seiner Hand ins Leere. Im Grunde betreibt Kaffenberger tagtäglich Hochleistungssport: immer in Bewegung, nur nicht stillstehen. Das sind gute Voraussetzungen für einen jungen, engagierten Politiker. Dennoch, je nervöser er ist, desto häufiger treten seine Tics auf. Und manchmal ist da noch dieser Laut. Ein kurzes Hicksen, als hätte ihn jemand gezwickt. Dann ein Moment Stille und das Gespräch geht weiter, das Telefonat, die Rede im Landtag. Als hätte es nie einen Aussetzer gegeben. Bald nach der Diagnose verordnen ihm die Ärzt*innen Neuroleptika. Er schluckt Tiapridex, Ritalin, Captagon. Doch besser geht es ihm damit nicht. Er fühlt sich müde, gedämpft, wie ein alter Mann. Mit 14 setzt er alle Medikamente ab. „Ich wollte auch mal wie meine Fußballkumpel ein Bier trinken“, sagt Kaffenberger. Und dann läuft 1998 Gerhard Schröder in einem SPD-Wahlwerbespot über die Bildschirme der Nation und verspricht „Menschen eine Perspektive.“ Für Kaffenberger damals der erste, kleine Grundstein für die eigene politische Karriere. Das will ich auch werden, beschließt Bijan Kaffenberger.

Kaffenberger nimmt seine Gesprächspartner für sich ein, erzählt mitreißend. Nur manchmal vergisst er, was er sagen wollte. Vielleicht hat das etwas mit seinem diagnostizierten ADHS-Syndrom zu tun, vielleicht aber schwirren auch einfach nur viele gute Gedanken in seinem Kopf, die sich nicht immer alle ordnen lassen wollen.

Bijan Kaffenberger fällt auf. Wie jede*r der/die anders ist. „Die Menschen sind erstmal skeptisch, wie mit allem was neu oder anders ist“, sagt Kaffenberger. „Doch ich glaube, ich hatte den großen Vorteil, dass alles andere gestimmt hat. Und gegen das Tourette-Syndrom hat sich ja keiner getraut, etwas laut zu sagen“, so Kaffenberger. Er stellt sich mit Disziplin und Humor seinen eigenen Tics und all jenen, die diese noch überfordern.



Foto: privat

Doch auch wenn Kaffenbergers Tourette-Syndrom und sein Entschluss, ein Leben in der politischen Öffentlichkeit zu führen, anfangs noch eine Besonderheit waren, so ist es heute kaum noch eine Meldung in der Landtagsberichterstattung wert.

Bijan Kaffenberger steht für Inklusion, dem kann er vermutlich nur schwer entkommen. Doch seine eigentlichen politischen Stärken und Interessen haben nichts mit dem Tourette-Syndrom zu tun. Seine bevorzugten Themen sind Mobilität und Digitalisierung. Und das ist auch gut so.

„Wenn sich Menschen mit Behinderung ausschließlich für das Thema Inklusion einsetzen, ist das das Gegenteil von Inklusion“,

so Kaffenberger. „Deswegen ist es ganz wichtig, dass sich die Menschen unabhängig von ihrer eigenen Person in den Gebieten einbringen können, für die sie sich interessieren. Dass nicht sofort gesagt wird, wenn jemand schwarz ist, dann muss der jetzt irgendwie Anti-Rassismus machen. Wenn jemand eine Behinderung hat, dann Inklusion. Und die Frauen machen bestimmt am besten immer nur Gleichstellung.“

Die Hürden des politischen Systems, die es gerade Menschen mit Behinderungen schwer machen, politisch aktiv zu sein, die gäbe es noch immer, sagt Kaffenberger und fügt hinzu: „Das Allernotwendigste für jeden demokratischen Prozess ist, dass wirklich jeder Mensch, mit oder ohne Behinderung, daran teilnehmen kann!“

Kaffenbergers Wunschvorstellung: die Gesellschaft und mit ihr die Politik bunter, vielfältiger und inklusiver aufzustellen. Und davon würden dann sicher alle profitieren.

Niemand ist perfekt, in und jenseits der Politik, auch Bijan Kaffenberger ist es nicht. Doch sein Tourette-Syndrom hat damit sicherlich nichts zu tun.

Leah Besser, 24 Jahre alt, lebt in Köln. Als Journalistin arbeitet sie freiberuflich für TV, Radio und Print. „Wir müssen uns in unserer Einzigartigkeit wieder schätzen lernen und sie zu unser aller Vorteil nutzen“, sagt sie über das Thema Inklusion und politische Partizipation.

Schätzungsweise 800.000 Menschen leiden in Deutschland unter dem sogenannten Tourette-Syndrom. Das Tourette-Syndrom (TS) ist eine neuropsychiatrische Erkrankung, die sich in sogenannten Tics äußert. Unter diesen Tics versteht man spontane Bewegungen, Laute oder Wortäußerungen. Die Symptome treten in der Regel erstmals im Grundschulalter auf und äußern sich durch Grimassenschneiden oder Zuckungen im Auge. Was im Gehirn vor sich geht, damit es zum Ausbruch des Tourette-Syndroms kommt, konnte die Wissenschaft bisher noch nicht klären.

Geschlossene Gesellschaft

Wie partizipativ ist die Kommunalpolitik in NRW?

von Christina Baum

20 Prozent der Einwohner*innen Nordrhein-Westfalens haben eine Behinderung oder eine chronische Erkrankung. Das sind rund 3,67 Millionen Menschen. Diese Zahl geht aus dem aktuellen Teilhabebericht des Landes NRW hervor. Die Ergebnisse des Berichts zeigen, dass viele Menschen mit Behinderungen großes Interesse an Politik haben.¹ In der Praxis ist der Anteil der Menschen, die sich politisch aktiv engagieren, jedoch klein. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Behinderung. Woran liegt das und was folgt daraus?

Die Politik ist eine Barriere an sich

Nehmen wir als Beispiel die Kommunalpolitik. Sie birgt die Chance, sehr unmittelbar das eigene Lebensumfeld mitzugestalten. Wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wäre. Denn wer sich aktiv in der Kommunalpolitik beteiligen möchte, muss zunächst einige Hürden nehmen. So braucht es Kenntnis darüber, wie das politische System funktioniert. Dazu gehört es beispielsweise, Entscheidungsprozesse und Verwaltungswege nachzuvollziehen und sich in die politische Kultur einzufinden. Wenn ich nun aber etwa auf Leichte Sprache angewiesen bin, Informationen aufgrund meiner Sehbehinderung barrierefrei benötige, oder wenn ich Diskussionen nicht verfolgen kann, weil die Gebärdensprach-Übersetzung fehlt – ja, dann wird der Weg in die Kommunalpolitik steinig oder bleibt unter Umständen versperrt. Dazu kommt ein weiterer wesentlicher Aspekt. Sich politisch zu beteiligen, setzt folgendes Wissen voraus: es ist wichtig, dass ich mich beteilige. Dass also meine Stimme zählt, gleichwertig mit denen anderer. Es setzt somit ein Selbstbewusstsein und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit voraus. Dieses Bewusstsein zu entwickeln, ist in vielen Unterstützungssettings, bei denen die Fürsorge statt der Ermöglichung von Selbstbestimmung im Zentrum steht, schwierig.

Die Folgen für NRW

Wenn eine große Gruppe der Bevölkerung die Politik nicht mitgestalten kann, spielen ihre Belange bei Entscheidungen keine oder eine untergeordnete Rolle. Das heißt konkret für über drei Millionen Menschen in NRW, dass die Gefahr besteht, dass ihre Bedürfnisse in der Gestaltung ihres Lebensumfelds in vielen Fällen nicht bedacht werden. Und das heißt im schlimmsten Fall: sie werden ausgeschlossen aus Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das Land NRW hat bereits 2003 mit dem Behindertengleichstellungsgesetz NRW rechtliche Schritte ergriffen, um die Teilhabemöglichkeiten zu verbessern. 13 Jahre später konkretisierte das Inklusionsgrundsatzgesetz NRW die Vorgaben. So sind etwa Träger öffentlicher Belange nun seit fast 17 Jahren dazu verpflichtet, partizipative Strukturen zu schaffen und zu unterstützen. Dies betrifft auch die Kommunalpolitik.

Über die Interessenvertretung in die Politik

Interessenvertretungen spielen hier eine wesentliche Rolle. Sie ermöglichen einen niedrighwelligen Zugang zur Politik, können auf diese Weise dafür sorgen, dass Sicht und Belange von Menschen mit Behinderungen in die Politik einfließen und auch wei-

tere Wege in die politischen Strukturen und Ämter ebnen. Damit dies jedoch effektiv geschieht, braucht es bestimmte Voraussetzungen. Zunächst muss es überhaupt eine Interessenvertretung, also einen Beirat, eine beauftragte Einzelperson, einen Selbsthilfe-zusammenschluss oder ähnliches geben. Das ist bislang aber nur in knapp der Hälfte der NRW-Kommunen der Fall, wie eine Untersuchung aus dem Jahr 2019 des Zentrums für Planung und Evaluation der Universität Siegen im Rahmen eines Projekts mit der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW zeigt.²

Es braucht Verbindlichkeit

Wenn es eine Interessenvertretung gibt, bedeutet das allerdings nicht direkt, dass eine effektive politische Partizipation tatsächlich gegeben ist. Für diese braucht es Verbindlichkeit. Allein über Vorgänge informiert zu werden, ermöglicht beispielsweise noch nicht politische Teilhabe, sie ist aber eine der Voraussetzungen für diese. Verlässliche und gültige Regelungen spielen bei der Effektivität einer Interessenvertretung außerdem eine wesentliche Rolle. Auch der Gesetzgeber sieht diese Verbindlichkeit vor: So ist jede Kommune nach dem Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet, eine Satzung zu erarbeiten, die der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe dient. Aktuell haben jedoch nur 18,7 Prozent der Kommunen mit Interessenvertretung eine solche Satzung.

Wieso die Zurückhaltung in den Kommunen?

Die Gründe sind vielfältig. Sicher bringen die Themen Inklusion und politische Partizipation Herausforderungen mit sich. Die personellen und finanziellen Ressourcen

3.67 Mio



sind vielerorts knapp. Auch das Finden einer gemeinsamen kommunikativen Ebene in einer Gruppe, in der die Bedarfe der Menschen mitunter konträr zueinander stehen, kann verunsichern. Und trotzdem: Eine gute Zusammenarbeit für eine inklusivere Kommune ist – schrittweise – möglich. Das zeigen viele Beispiele in NRW. Und neben der rechtlichen Verpflichtung, dem stetigen Älterwerden der Gesellschaft und dem potenziellen Risiko, das jede nicht-behinderte Person trägt, einmal selbst behindert zu sein, ist ein Lebensumfeld, das niemanden aufgrund bestimmter Merkmale ausschließt, eines, in dem sich alle Menschen sicherer und angenommener fühlen können. Eine inklusive Kommune wäre somit eine starke Kommune, die für alle ihre Einwohner*innen Lebensqualität schafft.

Unterstützungsangebot bei der Entwicklung oder Verbesserung partizipativer Strukturen

Ein Unterstützungsangebot, um die politischen Teilhabemöglichkeiten in der eigenen Kommune zu verbessern, bietet die Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW. Mit dem Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ können Kommunen auf verschiedene Angebotsformate zurückgreifen, die auf die jeweilige Situation vor Ort abgestimmt sind – von einer Beratung hin zu Informationsveranstaltungen und themenspezifischen Workshops. Das Ziel ist hierbei immer, eine gute Zusammenarbeit von Vertreter*innen der Selbsthilfe, Politik und Verwaltung zu unterstützen, damit gemeinsam effektive Wege der politischen Arbeit für mehr Inklusion gefunden werden können. Das Projekt wird finanziert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Kampagne zeigt das Engagement in den NRW-Kommunen

Gemeinsam mit den Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW hat das Projektteam in diesem Jahr eine Kampagne mit dem Titel „Dein Rat zählt! Gestalte im Behindertenbeirat Deine Kommune für alle mit.“ ins Leben gerufen. Der Fokus der Kampagne liegt auf dem vielfältigen Engagement der Aktiven in den Beiräten und anderen Bereichen der Interessenvertretung. Interviews und Porträts geben einen guten Einblick in das politische Geschehen vor Ort. Mehr Informationen finden Sie unter: www.deinratzaehlt.de

Christina Baum ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW.

#DeinRAT

zählt!

www.deinratzaehlt.de
info@deinratzaehlt.de

¹vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2020): Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen. Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Düsseldorf. (online verfügbar unter www.mags.nrw/teilhabebericht_nrw).

²vgl. Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e. V. mit dem Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen: Abschlussbericht zum Projekt „Mehr Partizipation wagen!“ – Mai 2016 bis April 2019. Münster/Siegen. Der Bericht ist bald online unter www.politische-partizipation-passgenau.de verfügbar.

Ein verhinderter Kaffee in Brüggen

Interview mit Andrea Hanisch und Karl-Heinz Kellerhoff

Fotos: Udo Leist



von Dr. Harald Ulland

Die Burggemeinde Brüggen ist eine kleine, hoch attraktive Gemeinde an der Grenze zu den Niederlanden. Der romantische Ortskern mit seiner malerischen Burg zieht Jahr für Jahr viele Touristen an. Aber das Kopfsteinpflaster und die Stufen vor fast jedem Lädchen stellen nicht nur Menschen mit Behinderung vor Herausforderungen, sondern auch jene, die berufen wurden, deren Interessen zu vertreten. Harald Ulland hatte sich bereits mit Andrea Hanisch und Karl-Heinz Kellerhoff, den Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung in Brüggen, auf einen Kaffee verabredet, als Corona dazwischen kam und das Interview schriftlich geführt werden musste.



Was ist eigentlich Ihre konkrete Aufgabe in der Burggemeinde Brüggen?

Wir vertreten die Interessen von circa 3000 Menschen mit anerkannten Behinderungen, das sind immerhin 18 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Seit wann sind Sie als Beauftragte tätig? Seit 2009 sind wir deren Sprachrohr gegenüber Rat und Verwaltung.

Hauptberuflich?

Nein. Wir machen das ehrenamtlich. „Hauptberuflich“ sind wir in Rente.

Und wie sind Sie zu diesem Amt gekommen?

Wir wurden vom damaligen Bürgermeister angesprochen. Er meinte, wir könnten die Richtigen sein, um als Behindertenbeauftragte in der Gemeinde ehrenamtlich tätig zu werden. Trotz unserer Vorerfahrungen, Karl-Heinz Kellerhoff als Betriebsrat und Andrea Hanisch als Behindertenbeauftragte bei Borussia Mönchengladbach, hatten wir zunächst überhaupt keine Ahnung, was uns da erwartet. Es ist ja eine Aufgabe irgendwo zwischen Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltung.



Trotz dieser Ungewissheit haben Sie zugestimmt?

Ja. Wir sind ins kalte Wasser gesprungen. Wir sehen uns einfach in der Pflicht, der Gemeinde, vor allem aber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, beratend und hilfreich zur

Seite zu stehen bei allem, was das Leben mit Behinderung leichter macht. Insbesondere bei der Erstellung von Anträgen oder bei der Formulierung von Widersprüchen gegen Verwaltungsentscheidungen. Dafür bieten wir regelmäßig Sprechstunden an. Wir haben uns auch ein Netzwerk von verschiedenen Organisationen und Verbänden aufgebaut.

Würden Sie Ihr Engagement als „politisches Engagement“ bezeichnen? Ist es in Ihrem Amt sinnvoll, nebenbei auch parteipolitisch aktiv zu sein?

Natürlich findet unsere Arbeit auch im politischen Raum der Gemeinde statt. Wir verstehen unsere Arbeit aber nicht als „politisches Engagement“, sondern als Hilfe für jedermann. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, nicht parteipolitisch gebunden, sondern neutral tätig zu sein.

Haben Sie das Gefühl, dass Politik und Verwaltung Sie als Gesprächspartner einbeziehen?

Es hat tatsächlich lange gedauert, mit Politik und Verwaltung auf Augenhöhe zu kommen und dann auch akzeptiert zu werden. Aber wir haben uns schließlich durch-



gesetzt und sind nun auch als beratende Mitglieder in Ausschüssen vertreten. Wir haben sogar Rederecht in Ratssitzungen!

Welche Erfolgserlebnisse machen Ihnen Freude?

Es gibt etliche Erfolgserlebnisse. Zum Beispiel: Sitzungen sind mittlerweile barrierefrei zugänglich, da ein Aufzug eingebaut wurde. 2017 haben wir ein Netzwerk für Menschen mit Behinderung in der Gemeinde gegründet, das uns wunderbar unterstützt. Wir machen regelmäßig Ortsbegehungen, um auf Missstände hinzuweisen. Das stößt mittlerweile auf großes Interesse bei Verwaltung und Rat.

Wir sind ja ein touristischer Ort. Da gibt es barrierefreie Führungen auch in Gebärdensprache und für Nichtsehende. In der Tourist-Info können zwei Rollstühle und Rollatoren zur kostenlosen Nutzung ausgeliehen werden. Im Stadtführer ist alles gekennzeichnet, was barrierefrei zugänglich ist. Es gibt Veranstaltungen, z.B. „Brüggen hochinkludiv“, mit Sport, Kultur und Informationsveranstaltungen. Im historischen Ortskern von Brüggen sind viele Geschäfte nicht barrierefrei zugänglich. Da haben wir zusammen mit der Lebenshilfe Viersen e.V. Service-Klingeln und Rampen an Geschäfte und Dienstleister verteilt. Auch die Zugänge zum beliebten Naherholungsgebiet werden barrierefrei ausgebaut.

Besonders viel Freude bereitet uns die Zusammenarbeit mit der niederländischen Gemeinde Beesel. Wir sind mit denen auf dem Weg, ein Netzwerk „barrierefrei ohne Grenzen“ auszubauen.

Das ist eine ganze Menge. Aber jetzt auch mal ein Blick auf die Rückseite. Welche Frustrationen wiederholen sich und müssten dringend abgeschafft werden?

Es gibt es auch Frust. Vor allem, weil Dinge, die wir bemängeln, einfach nicht schnell genug abgestellt werden.

Welche Pläne haben Sie, welche Hoffnungen verbinden Sie mit den Kommunalwahlen?

Was die nächsten Kommunalwahlen bringen, wissen wir natürlich nicht. Unsere Amtszeit ist immer nur auf eine Wahlperiode begrenzt und muss immer neu bestimmt werden. Und ob unsere Gesundheit es zulässt, weiter zu machen, das müssen wir erst einmal sehen.

Wir sind vor elf Jahren angetreten mit der Ambition, Brüggen zum behindertenfreundlichsten Ort im Kreis Viersen zu machen. Davon sind wir noch weit entfernt. Wir haben zwar einiges erreicht. Aber der Weg ist noch lang. Wir hoffen und erwarten, dass alle es verinnerlicht haben: Menschen mit Behinderung sind in unserer Gemeinde ernst zu nehmen.

Mittlerweile wurde gewählt. Wie in allen Kommunen Nordrhein-Westfalens, so auch in Brüggen. Die Bürger haben auf Überraschungen verzichtet und ihren Bürgermeister mit 72,62 % im Amt bestätigt. Mittlerweile ist auch klar, dass Andrea Hanisch und Karl-Heinz Kellerhoff ihr Amt in andere Hände legen möchten. Das könnten unter Umständen sehr viele Hände werden. In Brüggen wird zurzeit die Gründung eines Beirates für Menschen mit Behinderung heiß diskutiert. In großen Städten ist das Standard. In kleinen Gemeinden aber nicht. Wie auch immer die Diskussion ausgehen wird: im Rückblick werden Andrea Hanisch und Karl-Heinz Kellerhoff hoffentlich zufrieden feststellen, dass sie mit ihrem Engagement für ihr Gemeinwesen sehr viel in Bewegung gebracht haben.

Dr. Harald Ulland ist ab 1. Januar 2021 neuer theologischer Vorstand der Evangelischen Stiftung Hephata.

Und tschö!

von Christian Dopheide



Die Bäckerfrau in Iserlohn, unserem ersten Wohnsitz, hat sich mittlerweile dran gewöhnt, dass ich mitten in Westfalen rheinisch grüße. Ich mache das nicht mit Absicht. Es passiert einfach. 14 Jahre Mönchengladbach hinterlassen eben Spuren, zu denen übrigens auch unsere Mitgliedsausweise gehören.

Der Grund meines Kommens war so unspektakulär wie nun der Grund meines Abschieds: Ruhestand. Zuerst der meines geschätzten Vorgängers Prof. Johannes Degen und nun mein eigener. Und so traf ich hier in Mönchengladbach auch nicht eine Situation an, wie ich sie in meinen 15 Diakonie-Jahren zuvor meist vorgefunden hatte: „Hier ist alles total durcheinander. Können Sie bitte helfen, zu retten, was zu retten ist?“ Hier bei Hephata war stattdessen die Richtung völlig klar und alles längst im Fluss. Allerdings mitten im Fluss, in dem man ja die Pferde eigentlich nicht wechseln soll.

Zehn Jahre der Abkehr vom Anstaltsmodell lagen hinter der Stiftung, den Mitarbeitenden und den „Bewohnern“, wie man sie damals nannte. Und das gegenüberliegende Ufer lag noch gut zehn Jahre weit entfernt. Nun wird der Karren Hephata günstigerweise von zwei „Pferden“ gezogen. Und weil mein Kollege Klaus Dieter Tichy vergleichsweise jung war, als er sich für Hephata einspannen ließ, reicht seine Spanne recht genau von einem Ufer zum anderen. Zur Kontinuität trugen zudem etliche erfahrene Fahrleute bei, die mutig in die Speichen griffen, selbst wenn ihnen dabei auch mal das Wasser bis zum Halse stand. Wolfgang Wittland, Jürgen Peters, Ralf Horst, Christoph Lüstraeten, Dieter Kalesse, Dieter Köllner, Hans-Willi Pastors: das sind Namen, die genannt werden müssen, wenn man sich fragt, wie das alles eigentlich gut gehen konnte.¹

¹Keine einzige Frau dabei – ich weiß. Und wenn man heute die 1. und 2. Ebene zusammenfasst, sind sie in der Mehrheit.

Als Theologe, der schon im zarten Alter von 36 Jahren von der klassischen Kirchengemeinde zur Diakonie gewechselt war, hatte ich bereits ein wenig Erfahrung, vor allem aber Freude an der Gestaltung von Veränderungsprozessen in der unternehmerischen Diakonie. Weshalb mich am Ende meiner Antrittsbesuche, die fast ein Jahr dauerten und mich zu jeder Adresse führten, an der Hephata vertreten ist, weshalb mich am Ende dieser fundamental wichtigen Rundreise die Frage bewegte: „Was werden wir eigentlich sein, wenn wir aufgehört haben, eine aufgelöste Anstalt zu sein?“

Die Antwort ist bekannt. Heute sind wir HEPHATA. unternehmen mensch.

Ich blicke mit einer Dankbarkeit auf diese 14 Jahre zurück, die sich nicht beschreiben lässt. Den Menschenschlag hier an der Niers, zwischen den Nasen, die man in Düsseldorf ein wenig zu hoch trägt und jenen, die man in Köln zum Klüngel ein wenig zu eng zusammensteckt, den habe ich lieben gelernt. Wenn meine Frau und ich mal zum Heimspiel kommen werden, dann wird das, trotz meiner Geburt in Bielefeld, ein richtiges Heimspiel sein.

Für Hephata ist es nun wieder einmal Zeit, die Pferde zu wechseln. Ich bin mir ganz sicher, dass das sehr gut funktionieren wird. Es sind mittlerweile so viele Menschen im Dienst bei Hephata, die von innen heraus verstanden haben, was wir meinen mit dem Satz: „Jeder Mensch kann einen Beitrag leisten.“ Es sind enorm viele Frauen und Männer bei uns tätig, nicht nur in Gladbach, sondern im ganzen Rheinland, für die nicht nur auf dem Platz, sondern auch im Dienst, sei er am Tage oder in der Nacht, am Werk- oder am Feiertag: die Seele brennt.

Euch allen möchte ich danken für dieses Feuer, das dafür sorgt, dass das Licht nicht aus geht, nur weil einer geht.

Und tschö!



„sent from my wheelchair!“



©Anna Spindelndreier Fotografie



©Anna Spindelndreier Fotografie

Interview mit dem Aktivistin Raúl Krauthausen

Sein Ziel ist es, Bewegung in das Thema Inklusion zu bringen: Raúl Krauthausen setzt auf Netzwerke in der Internet- und Medienwelt. Den 40jährigen Kommunikationswirt kennt man vor allem als Redner, als Blogger sowie als Talkshow-Moderator. Und als unermüdlichen Aktivistin für eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft. Seine Erinnerungen „Dachdecker wollte ich eh nicht werden“ wurden zum Bestseller. Die Anfrage für dieses Interview bestätigte er übrigens per Mail – mit der elektronischen Signatur „sent from my wheelchair!“.

In gesellschaftlichen Debatten werden oft die Begriffe Integration und Inklusion durcheinander gebracht. Helfen Sie uns bei der Unterscheidung?

Bei der Integration sagt die Mehrheitsgesellschaft, was für Menschen mit Behinderung gemacht werden kann. Und erwartet dafür ewige Dankbarkeit. Die Inklusion geht hingegen davon aus, dass es gar keine Mehrheit gibt. Vielmehr setzt sich eine Gesellschaft aus vielen Minderheiten zusammen. Unterschiedliche Menschen, egal welcher Nationalität oder Bildung, ob Mann oder Frau, arm oder reich, behindert oder nicht. Sie alle haben ein verbrieftes Recht: die gesellschaftliche Teilhabe. Und damit einen Anspruch auf Mitgestaltung.

Vor elf Jahren trat die UNO-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Hier wurde der Rechtsanspruch formuliert, dass Menschen mit Behinderungen selbstverständlich inmitten der Gesellschaft leben können. Mit Ihrem Verein Sozialhelden setzen Sie sich für dieses Ziel schon viel länger ein, seit über 15 Jahren. Ist die Akzeptanz im Umgang mit diesen Themen gewachsen?

Man könnte das mit der Frauenbewegung vergleichen: Wir sind längst nicht am Ziel, kommen aber Millimeter für Millimeter weiter. Junge Menschen mit Behinderungen politisieren sich zunehmend, die sozialen Medien ermöglichen es, aus Einzelkämpfern Netzwerker zu machen. Aber auch junge Menschen, die keine Behinderung haben, stehen dem Thema mittlerweile offener gegenüber. Vielleicht auch deswegen, weil es heute schon in Kindergärten und Schulen zu mehr Kontakten kommt, als es noch vor einigen Jahren der Fall war.

Dennoch: Ignorieren, wegschieben, ausgrenzen – das sind einige der Begriffe, mit denen Sie eine immer noch gängige Praxis im Umgang mit Menschen mit Behinderung umschreiben. Warum?

Weil Betroffene auch heute noch systematisch aus der Mehrheitsgesellschaft aussortiert werden: sie werden in Sondereinrichtungen, Förderschulen, Behindertenheimen, Behindertenwerkstätten gedrängt – und sind deswegen eben nicht in der Mitte der Gesellschaft.

Bisweilen ist die Rede davon, dass man im Umgang mit Menschen mit Behinderung die Barrieren in den Köpfen durchbrechen soll. Ein frommer Wunsch. Aber Sie sind mit Ihren Forderungen konkreter, oder?

Ja, es bleibt die Forderung nach einer flächendeckenden Barrierefreiheit. Es geht nicht (nur) um die Barrieren in den Köpfen, es geht auch um die physikalischen Barrieren. Es reicht nicht, wenn Lokalzeitungen ab und an vermelden, dass ein Rathaus eine Rampe bekommen hat, eine Bushaltestelle barrierefrei ist oder sich ein pfiffiger Nachbar eine Rampe aus Legosteinen gebastelt hat...

Klingt aber doch ganz gut gemeint!

Aber solche Aktionen stellen nicht mehr dar als kleinste Reparaturen in einer Welt, die mit Barrieren behaftet ist. Die Zivilgesellschaft bügelt aus, was die Politiker versäum(t)en. Über solche minimalsten Schadensbegrenzungen berichten Lokalblätter gerne, so als ob die Barrierefreiheit etwas Besonderes sei. Ein Geschenk, eine Gabe, die vom Himmel fällt. Besser wäre es, wenn wir danach fragen, warum wir nicht von Anfang an barrierefrei bauen bzw. umbauen. Keine Zeitung würde darüber schreiben, wenn irgendwo eine Frauentoilette gebaut wird. Muss sie auch nicht. Aber sie sollte berichten, wenn irgendwo eine fehlt! Mit fehlenden Rampen, kaputten Aufzügen und sperrigen Bahnsteigkanten ist das auch nicht anders. Bei Barrierefreiheit handelt es sich um ein Grundrecht. Fehlende Zugänge bilden ihrerseits eigene Wege, nämlich ins Abseits.

Fehlt den Journalisten hier die notwendige Rollstuhlperspektive?

Nein, denn das Thema betrifft nicht nur Rollstuhlfahrer, sondern alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Also auch Mütter mit Kinderwagen. Oder auch ältere Menschen mit Rollatoren. Wenn man die Überalterung der Gesellschaft im Blick hat, dann wird ganz klar, dass früher oder später jeder eine Behinderung haben kann.

Sie beklagen, dass Menschen mit Behinderung ständig in einer Art Beweispflicht seien. Was meinen Sie damit?

Menschen mit Behinderung stehen immer unter einer Art Generalverdacht: Wenn es um Unterstützungen geht, etwa um die sogenannten Nachteilsausgleiche, müssen sie in regelmäßigen Zeitabständen beweisen, dass ihnen diese Vorteile zustehen, dass sie sich keine Leistungen erschleichen wollen. Sie müssen der Mehrheitsgesellschaft beweisen, dass sie krank genug sind, um einen Rollstuhl und/oder Assistenzleistungen zu beanspruchen.

Gleichzeitig aber müssen sie auch zeigen, dass sie gesund genug sind, um beispielsweise eine Regelschule besuchen zu dürfen.



CC by Andi Weiland | Sozialhelden e.V.

Das klingt nach einem Leben, in dem man permanent mit Skepsis konfrontiert wird?

Ja, bei den Krankenkassen, bei Behördengängen, in Gesprächen mit Lehrer*innen. Es wird das Gefühl vermittelt, dass man nicht willkommen ist. Nach Meinung der

Mehrheitsgesellschaft scheint es nur zwei Möglichkeiten zu geben: Menschen mit Behinderungen sind zu behindert, um wirklich teilhaben zu können, oder aber nicht behindert genug, um Leistungen in Anspruch nehmen zu dürfen.

Immerhin gibt es seit dem Frühjahr 2019 das inkludierte Wahlrecht für Menschen mit Behinderung. Diese sind aufgefordert, sich politisch zu engagieren.

Was ja auch nicht so einfach ist! Es fängt schon in den Lokalen an, in denen Parteien ihre Stammtische abhalten. Besonders im ländlichen Raum mangelt es hier an Barrierefreiheit. Zudem gibt es beispielsweise für Gehörlose keine Übersetzer der Parteidebatten. Auch Wahllokale sind häufig nicht barrierefrei, ich kenne viele Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die zur Briefwahl gezwungen sind. Politiker fordern Menschen mit Behinderung auf: Engagiert Euch! Drücken sich aber vor der Verantwortung, notwendige Voraussetzungen zu schaffen.

Ingo Fulfs ist TV-Journalist, der in München und Köln lebt und bereits für verschiedene öffentlich-rechtliche und private Fernsehsender tätig war. Derzeit arbeitet er als Redakteur für eine Talkshow.

KÖNIGE

sind wir alle gemeinsam

von Klaus Eberl

Geistliches Wort zu 1. Samuel 16, 1-13 (in Leichter Sprache)



Die Bibel erzählt: Samuel ist ein weiser Mann. Gott und die Menschen vertrauen ihm. Samuel soll einen neuen König für Israel finden. Gott sagt: Suche in Bethlehem. Suche mit meinen Augen. Denn ich sehe mehr als die Menschen sehen. Achte auf das Herz der Menschen!

Samuel kommt in das Haus von Isai. Isai hat Söhne. Samuel denkt: Vielleicht kann einer von ihnen König sein. Er soll Verantwortung übernehmen für Israel. Samuel lernt sie kennen. Einen nach dem anderen. Samuel fragt sich immer wieder: Ist das der neue König? Einer ist stark, einer ist klug, einer ist schön, einer ist groß, einer ist schnell, einer kann viel, einer ist erfahren. Sieben Söhne - aber der neue König ist nicht dabei. Samuel fragt Isai: Sind das alle deine Söhne? Isai antwortet: Da ist noch David. Er hütet aber nur die Schafe. Er ist anders als seine Brüder. Samuel bittet Isai: Zeige mir auch deinen jüngsten Sohn. Ich will ihn sehen.

Da kommt David. Samuel sieht sofort: Er ist nicht so groß wie seine Brüder. Er ist schwach und unerfahren. Aber Gott sagt zu Samuel: Die Menschen sehen oft nur das Äußere. Ich aber sehe mehr. Ich sehe das Herz. David ist es! David hat ein gutes Herz. Er soll für Israel ein guter König sein. Er wird gut sorgen für sein Land.

So erzählt die Bibel. Eine alte Geschichte.

Wie ist es heute?
Noch immer sehen Menschen oft nur das Äußere. Sie sehen: Der ist groß. Die ist schlau. Der ist stark. Die ist schön. Sie bewundern diese Menschen. Aber Gott sieht mehr. Gott schaut auf das Herz. Er sieht die Kleinen. Er sieht die Schwachen. Er sieht, wer Hilfe braucht. Er sieht, was jemand tun kann.

Gott findet: Alle sind wichtig. Vielfalt ist wichtig. Die Welt soll gut werden. Das ist versprochen. In der Stadt, in unserem Land und auf der ganzen Erde soll jeder gut leben können. Dazu können viele etwas beitragen. Ich werde gebraucht. Du wirst gebraucht. Gott braucht uns. Das ist ein gutes Gefühl: Wenn Gott uns sieht. Wenn unsere Freunde uns sehen - bis in unser Herz hinein. Dann spüren wir: Die Kraft wächst. Die Ideen fallen vom Himmel. Wir können etwas tun. Wir können etwas beitragen zum guten Leben. Mit guten Vorschlägen, mit gerechten Gesetzen, mit einem Frieden, der alle frei macht.

Gott schaut nicht auf das Äußere. Er weiß: Jeder Mensch trägt unsichtbar eine Krone. Manchmal wissen das die Menschen selbst nicht. Jeder ist ein König. Jede ist eine Königin. Weniger wird uns nicht zugetraut. Wir sollen Verantwortung übernehmen. Wir können das. Wir sollen für ein gutes Leben sorgen. Wir können das. Für uns selbst und für andere. Denn Könige sind wir alle gemeinsam.

Klaus Eberl ist Oberkirchenrat i.R. und Mitglied des Beirats des HephataMagazins.



©Hephata

Kunst im urbanen Raum als Austausch zwischen allen Menschen Kulturelle Partizipation als Weg aus der Isolation

Kunst als Motor, Kunst als integratives Moment, Kunst als Austausch zwischen Menschen. Das ist in einfachen Worten das Konzept des Atelier Strichstärke. Dass dieser Ansatz nicht nur erfolgreich, sondern auch richtungsweisend ist, zeigt unter anderem die Zusammenarbeit mit der Montag Stiftung Kunst und Gesellschaft.

Genauer gesagt haben sich mit der Stiftungsvorständin Ruth Gilberger sowie mit Barbara John und Yvonne Klaffke (beide Hephata) verwandte Seelen getroffen. Bildhauerin Ruth Gilberger, seit vielen Jahren neben anderen Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung aktiv, bringt es auf den Punkt:

„Uns eint die Hingabe zur Kunst und zu den Menschen. Als Stiftung setzen wir auf das Handeln und Gestalten in sozialer Verantwortung. Dabei realisieren wir eigene (Kunst-) Projekte stets mit Kooperationspartnern.“

Barbara John ist von diesem bereits seit drei Jahren bestehenden Austausch sehr angezogen: „Wir haben eine gute Basis. Wir mixen in den Projekten die verschiedenen Stärken und Schwächen der Menschen. Aber nicht nur das. Durch das Heranführen an die verschiedensten Themen und Materialien stärken wir das Selbstbewusstsein unserer Künstlerinnen und Künstler. Nach dem Motto: Ich kann ja tatsächlich auch mit ungewohnten Dingen umgehen und mich auf vielfältige Weise ausdrücken.“

Dabei ist allen Beteiligten wichtig, dass die Vermischung unterschiedlichster Ansätze und Talente ausdrücklich im urbanen Raum stattfindet. Yvonne Klaffke bringt es auf den Punkt: „Das hat auch mit Stadtentwicklung zu tun. Zu zeigen, dass die Menschen in unseren Projekten und in unserem Atelier

durchaus in der Lage sind, öffentliche Räume neu zu gestalten. Das ist dann gelebte politische Partizipation. Die bedeutet nämlich nicht nur, dass behinderte Menschen zur Wahlurne begleitet werden.“

Die Arbeit des Atelier Strichstärke und der Stiftung kann nicht annähernd angemessen beschrieben werden, ohne über den Teppich zu sprechen, Teil des Stiftungsprojekts Neuland, an dem das Atelier teilgenommen hat. Ein künstlerisches Angebot, das im vergangenen Jahr in einem Ladenlokal in der Rheydter Innenstadt von sich reden machte. Angestoßen von Ruth Gilberger: „Dabei haben uns Menschen ganz besondere Textilien gebracht, die dann gemeinsam verwebt wurden. Wir haben zum Beispiel auch Kleidung Verstorbener bekommen. Ein besonderer Vertrauensbeweis.“



©Udo Leist

Am Ende wurde ein 32 Meter langer Teppich gewebt, der aus dem Ladenlokal bis weit auf die Straße reichte. Nach anfänglicher Scheu kamen immer mehr Passanten und auch Anwohner, alle unterschiedlichster kultureller Heimat, ins Gespräch. „Das traf und trifft unsere Absicht. Wir wollen da sein und zuhören: Was braucht es, was gibt es, was möchten die Menschen? Wir wollen Fragen sichtbar machen. Daher sind wir ganz bewusst analog vor Ort in Leerständen. Das ist gerade in diesen Corona-Zeiten für Menschen wichtig, die ohnehin nur selten sichtbar sind.“ Es gehe nämlich nicht nur um Kunst, es gehe um Gemeinschaft. So heißt das aktuelle Kunstprojekt der Montag Stiftung Kunst und Gesellschaft nicht ohne Grund: Rheydter Resonanzen.

Barbara John und Yvonne Klaffke genießen regelrecht diesen künstlerischen Austausch: „So sind aus dem Teppich ganz viele andere Ideen entstanden. Und ja, etwas Urbanes entsteht, ein heimatisches Gefühl.“ Schon jetzt sind über die aktuellen (Kunst-) Projekte hinaus bis in das Jahr 2021 hinein Workshops geplant, an denen sich auch das Atelier Strichstärke beteiligt.

Arnold Küsters ist freier Journalist, Autor von Kriminalromanen und Bluesmusiker. In seiner Arbeit nimmt das Menschliche einen hohen Stellenwert ein.

Der Teppich ist im Textil Technikum, Schwalmstraße 301 / Monforts Quartier 31, 41238 Mönchengladbach vom 29.09.2020 bis 31.01.2021 zu besichtigen. Öffnungszeiten: Montag-Freitag 11-15 Uhr (an Feiertagen geschlossen) und jeden 3. Sonntag im Monat 13-17 Uhr. Aufgrund der neuen Corona-Beschränkungen beachten Sie bitte die Hinweise auf der Internetseite unter: www.textiltechnikum.de

Politische Partizipation – zwei schwere Wörter, die noch schwerer zu erklären sind. Aber muss es immer so schwer sein? An der Hans-Helmich-Schule geht es darum, alles – so gut es geht – leicht zu erklären, in leichten Wörtern, auch sehr schwere Begriffe natürlich. Also zurück zum Anfang. Partizipation bedeutet: dabei sein, mitbestimmen, mitreden. Politische Partizipation bedeutet: mitreden und mitbestimmen über Politik. Das bedeutet auch, dabei sein – wie bei einer Wahl.



Fragen: Manchmal nicht leicht zu stellen

von Verena Tönnies

Politische Partizipation: Antworten aus der Hans-Helmich-Schule

Die Kommunalwahl in NRW war für einige unserer Schüler*innen die erste Gelegenheit, dabei zu sein, also wählen zu gehen. Erstwähler*in zu sein, ist für einige vielleicht schon lange her, umso mehr kann man vergessen, wie es war. Erstwähler*in zu sein, bedeutet auch, sich viele Gedanken zu machen, warum man überhaupt wählen sollte und was eine Wahl bedeutet. Viele Fragen schwirren in den Köpfen der Schüler*innen herum. Fragen, die gestellt werden wollten, und Fragen, die beantwortet werden wollten.

Besonders schön sind die Fragen, die gar nicht so einfach zu beantworten sind: Hast du schon mal eine Wahl bereut, weil du nachher gedacht hast, dass du dich für die falsche Partei entschieden hast? Warum ist man nervös bei einer Wahl? Was ist, wenn man sich nicht entscheiden kann?

Und dann bleiben noch die Fragen, die gar nicht immer leicht zu stellen sind: Was ist, wenn ich den Wahlzettel nicht lesen kann? Was ist, wenn ich Hilfe brauche? Wer kann mir helfen?

Viele Fragen, viele schwere Fragen. Also wieder von vorne: Was ist denn eigentlich eine Wahl? Wieso gehen die Menschen in Deutschland wählen? Was ist eine Kommunalwahl?

Wir schauen uns die Bürgermeister-Kandidat*innen in Mettmann an. Dabei analysieren wir, wer sich aufstellen lässt, wer für welche Partei steht oder von welcher Partei unterstützt wird und was die Kandidat*innen für Ideen haben. Die Wahlplakate helfen uns dabei, ebenso wie einzelne Aussagen der Kandidat*innen. Die meisten Schüler*innen wohnen in Mettmann und können mitreden, egal ob es um den JuBi (Jubiläumsplatz), den ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) oder Einkaufsmöglichkeiten geht. Alle verstehen, dass es bei einer Kommunalwahl um Politik vor Ort geht und dass es sich nicht um so schwierige Themen handelt, denn die eigene Stadt kennen alle irgendwie. Schnell kommt es zu Diskussionen, welche Themen wichtiger sind, welche Themen vergessen worden sind und warum die Politiker*innen sich von welchen Parteien unterstützen lassen. Eine rege Diskussionsfreude und schon ist klar: Wählen gehen ist wichtig. Bleibt noch die Frage: Wie funktioniert so eine Wahl überhaupt?

Wir schauen uns Wahlzettel genau an. Wir fragen uns, wie man erkennt, wo wie viele Kreuze gemacht werden sollen und wie das mit der Hilfe ist. Klar wird die Erkenntnis, dass Hilfe voll okay ist, wenn man sie braucht, und dass auch diese Kreuze zählen – wie alle anderen auch.

Die Woche nach der Kommunalwahl offenbart das Ergebnis: Es waren 90 Prozent wählen, und alle haben davon gerne berichtet. Wer was gewählt hat, bleibt natürlich geheim, denn was ein Wahlgeheimnis ist, wissen jetzt ja alle.

Auch wenn die Schüler*innen es mit anderen - leichteren Worten - formulieren würden: Sie haben erste Schritte getan, sich (kommunal-)politisch informiert, abgewogen, verschiedene politische Perspektiven und Ideen miteinander verglichen, sich dann entschieden. Und sie sind ihrer Pflicht als Wähler*innen nachgegangen. Politische Partizipation an der Hans-Helmich-Schule heißt eben auch: **Ich war (zum ersten Mal) wählen und bin stolz auf mich.**

Verena Tönnies arbeitet seit fast drei Jahren an der Hans-Helmich-Schule als Lehrerin.

Mit Durchhaltevermögen und Schlagfertigkeit zum Erfolg Schülersprecher Joshua möchte die Hans-Helmich-Schule verbessern

Warum wolltest du Schülersprecher werden?

Joshua: Weil ich die Schule verbessern möchte. Ich habe gute Ideen.

Weil ich Gutes für die Schule machen möchte, was Gutes für den Pausenhof. Ich möchte, dass die Schule später startet. Ich habe eine Umfrage gestartet, was die Schülerinnen und Schüler an der Pause besser haben möchten.

Wie stellst du dir dein Amt vor?

Joshua: Wenn Schülerinnen und Schüler eine Beschwerde haben, dann möchte ich erreichbar sein. Deshalb habe ich einen Brief an alle Klassen geschickt mit der Telefonnummer meiner Klasse und den Uhrzeiten, wann ich erreichbar bin.

Im Moment können wir uns ja nicht treffen, deshalb geht es nur telefonisch oder schriftlich.



Besondere Zeiten – besondere Maßnahmen. Sonst helfen die Lehrer*innen als Unterstützung.

Was braucht ein Schülersprecher, um gut zu arbeiten?

Joshua: Gute Schülervertretungs-Lehrer*innen, weil die gerade alles weiter bringen an die einzelnen Klassen und weil sie es an die Schulleitung weitergeben.

Ein Schülersprecher muss mit Schülerinnen und Schülern klarkommen. Falls es einen Konflikt gibt, muss er sich darum kümmern. Ein Schülersprecher braucht auch Durchhaltevermögen und sollte auch gegenüber den Lehrer*innen schlagfertig sein.

Wie war es, das Plakat zu machen?

Joshua: Am Anfang war es schwierig. Ich hatte den Auftrag, nur einen Satz auf das Plakat zu machen, das war gar nicht einfach. Ich habe mir Rat von meinem Freund Phillip geholt und dann hat es geklappt. Dann hatte ich einen Wahlslogan.

Wie hast du dich gefühlt, als du gewählt wurdest?

Joshua: Ich war stolz auf mich. Ich bin sehr dankbar dafür, dass mich viele kennen und mögen und mir diese Verantwortung anvertrauen.

Joshua Pfaller ist 17 Jahre alt und geht in die Klasse B2. Seine Hobbys sind Kickern und sich mit Freunden zu treffen. Er interessiert sich auch sehr für Politik und für Geschichte. Sein Lieblingsurlaubsort ist der Strand. In seinem Privatleben sind ihm seine Freunde und seine Familie sehr wichtig.

„Mitreden – mitgestalten“

von Vanessa Strauch

Kinder, Jugendliche und ihre Familien sind keine passiven Leistungsempfänger, sondern sollen als Experten in eigener Sache wahrgenommen und aktiv beteiligt werden. Kinder und Jugendliche zu stärken, das ist das Ziel des Sozialgesetzbuches VIII Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII).

Im Laufe der Jahre wurden Anpassungen und Weiterentwicklungen des Gesetzes notwendig. Daher wurden in dem einjährigen Prozess „Mitreden – mitgestalten: Die Zukunft der Jugendhilfe“ unter Federführung des zuständigen Bundesministeriums Verbesserungsbedarfe erfasst. Fachleute, Rechtsexperten und betroffene Familien wurden beteiligt.

Der Entwurf basiert auf den fünf Pfeilern Schutz, Stärkung, Inklusion, Prävention vor Ort und Partizipation unter Beachtung der Kinderrechte.



© roman bodnarчук, stock.adobe.com

1 SCHUTZ

Es werden höhere Anforderungen an die Vergabe der Betriebserlaubnis in Einrichtungen gestellt und die Kontrollmechanismen verbessert. Junge Menschen in Pflegefamilien oder in Auslandsmaßnahmen sollen den gleichen Schutz genießen, indem Schutzkonzepte erstellt werden und deren Umsetzung überprüft wird.

2 STÄRKUNG

Für Kinder und Jugendliche ist der Erhalt von Beziehungen zu Eltern, Pflegeeltern und Geschwistern existenziell. Dies soll rechtlich sichergestellt werden. Im Falle von Inobhutnahmen sollen Kinder und Jugendliche besser aufgeklärt und beteiligt werden. Der Start ins Erwachsenenleben soll erleichtert werden, indem sie sich mit einem geringeren Anteil an den Betreuungskosten beteiligen. Erspartes soll unangetastet bleiben. Junge Erwachsene, die die Jugendhilfe verlassen, sind oft anfällig für soziale Schwierigkeiten und den Verlust des Arbeitsplatzes. Sie laufen eher Gefahr, obdachlos zu werden. Als Sicherheit sollen sie weiterhin Kontaktangebote durch das Jugendamt erhalten. Die Rückkehr in helfende Strukturen soll erleichtert werden.

3 INKLUSION

Aktuell ist es so, dass junge Menschen entweder über das zuständige Jugendamt Leistungen aus dem SGB VIII beziehen oder über den Landschaftsverband Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem SGB IX erhalten. Oft findet ein Wechsel in die Zuständigkeit der Eingliederungshilfe statt, wenn deutlich wird, dass eine geistige Behinderung vorliegt. An den Schnittstellen zwischen den Kostenträgern, Familien und Leistungsanbietern entstehen dadurch Unsicherheiten, Beratungsbedarfe und Schwierigkeiten bei der Leistungsgewährung.

In einem auf sieben Jahre angelegten Prozess sollen die Leistungen für junge Menschen mit und ohne Behinderung unter dem Dach des SGB VIII zusammengeführt werden. Die Familien sollen einen festen Ansprechpartner (Verfahrenslotse) beim Jugendamt haben, der ihnen Kontinuität bietet und sie bei der Beantragung von Leistungen unterstützt.

4 PRÄVENTION

Familien sollen leichter Unterstützungsangebote vor Ort erhalten, z.B. in Notsituationen.

5 PARTIZIPATION UNTER BEACHTUNG DER KINDERRECHTE

Kinder und Jugendliche in Einrichtungen und Pflegefamilien sollen unabhängige Beschwerdestellen nutzen können. Sie können künftig ohne Nachweis einer akuten Notsituation Beratungsangebote nutzen.

Die Herkunftsfamilie kann bei Interesse unabhängig von der Personensorge Beratungsangebote wahrnehmen und an der Hilfeplanung mitwirken.

Fazit: Das sind ambitionierte Ziele. Ich bin gespannt, welche Veränderungen sich im endgültigen Gesetz noch finden werden und freue mich darauf, an der konkreten Umsetzung mitzuwirken.

Vanessa Strauch freut sich als neue Stabsstelle für Übergangmanagement in der Jugendhilfe darauf, Prozesse zu begleiten und Projekte anzustoßen.

NOCH VIEL ZU TUN...

Rechtliche Hintergründe politischer Partizipation von Menschen mit Behinderung



© torsten becker, stock.adobe.com

von Sarah Steinfeld

Das Recht, zur Wahl zu gehen und gewählt zu werden, ist ein Grundrecht. Es ist niedergelegt im **Grundgesetz**, in dem es heißt:

Art. 38 GG

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. ...

Gleichlautende Regelungen finden sich in den Verfassungen der einzelnen Bundesländer.

In den jeweiligen Wahlgesetzen sind die Einzelheiten der Wahl, insbesondere hinsichtlich der Durchführung, aber auch bezüglich der Wahlberechtigung, geregelt.

Aber gilt dieses Recht wirklich für jeden Volljährigen bzw., bei Kommunalwahlen in NRW, 16-Jährigen und somit auch für Menschen mit Behinderung?

Mittlerweile lautet die Antwort hierauf - JA!

Die Wahlrechtsausschlüsse für Menschen, für die ein gesetzlicher Betreuer „in allen Angelegenheiten“ bestellt war, sind in NRW 2016, im Bund erst 2019 endlich entfallen.

Begründet wurden die Wahlrechtsausschlüsse mit der Vermutung, dass diese Menschen „keine Einsicht in Wesen und Bedeutung von Wahlen“ hätten und somit nicht in der Lage seien, am „Kommunikationsprozess zwischen Volk und Staatsorganen“ teilzunehmen.

Bei der Bestellung eines Betreuers überprüft das Gericht aber nicht die Fähigkeit, eine selbstbestimmte Wahlentscheidung treffen zu können, sondern überprüft, in welchen Bereichen der Mensch Unterstützung bedarf. Die Ausübung des Wahlrechts als höchstpersönliches Recht gehört aber gerade nicht dazu. Zudem schien die konkrete Handhabe in der Praxis eher vom jeweiligen Betreuungsgericht abzuhängen, da z.B. in Bayern siebenmal mehr Betreuungen in allen Angelegenheiten erklärt wurden als in Bremen. Daher hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2019 festgestellt, dass die Wahlrechtsausschlüsse gegen das Grundgesetz (Art. 38 und Art. 3) verstoßen.

Das Recht, wählen zu können und wählbar zu sein, entfaltet aber nur seine Wirkung, wenn jedermann gleichberechtigt die Möglichkeit hat, sich einzubringen und Informationen zu erhalten.

Dieses Recht beschreibt die **UN-Behindertenrechtskonvention** (UN-BRK) in Art. 29 ausdrücklich. Die UN-BRK ist geltendes Recht in Deutschland. Es muss u.a. sichergestellt sein, dass Menschen mit Behinderung Unterstützung erhalten, um tatsächlich wählen zu gehen, und Informationen rund um die Wahl leicht zu verstehen sind.

Das Recht auf Wahlassistenz ist gesetzlich vorgesehen. Ebenso gibt es mittlerweile Informationen rund um Wahlen in Leichter Sprache. Die Wahlprogramme der politischen Parteien auf Bundesebene liegen in Leichter Sprache vor, auf kommunaler Ebene allerdings nur teilweise.

Zudem heißt politische Partizipation gemäß der UN-BRK aber auch, aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können. Es heißt auch, ihre Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen.

Wer sich vor Augen führt, wo Menschen mit geistiger Behinderung am politischen, öffentlichen Leben teilnehmen oder auch nur vorzukommen, weiß, dass hier noch viel Arbeit vor uns liegt.

Sarah Steinfeld ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Sozialrecht und hat bei der Evangelischen Stiftung Hephata die Stabsstelle Sozialrecht übernommen.



© bizoo_n, stock.adobe.com

Wer öffnet Türen und baut Brücken?

Partizipation als Querschnittsaufgabe der Fachschulen am Hephata-Berufskolleg

von Jörg Zimmermann und Christiane Schal

Herr B. ist ein fröhlicher und aufgeschlossener junger Mann, der in einer „besonderen Wohnform“ lebt. Als er erfährt, dass die Stadtteilbücherei in seiner Heimatstadt geschlossen wird, erlebt er Gefühle von Wut und Ohnmacht und reagiert mit Rückzug. Herr B. ist bezüglich der Wahrung seines Rechtes auf Teilhabe auf Assistenz angewiesen.

Dabei sind Mitbestimmung und Mitgestaltung bei politischen Entscheidungen schon viel einfacher geworden. Jeder von uns kann online Informationen sammeln, seine Meinung veröffentlichen und an Abstimmungen teilnehmen. Es gibt sogar Kommunen, die in ihrem Internetauftritt einen eigenen Bereich „Mitmachen und Mitgestalten“ eingerichtet haben.

Für viele Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen stellen diese Möglichkeiten der Teilhabe jedoch nicht nur eine Chance, sondern auch eine gewaltige Herausforderung dar.

Denn wer erklärt Kindern, Jugendlichen und Menschen mit einer geistigen Einschränkung die Spielräume und Pflichten einer Gemeinde im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung?

Wo erfahren Sie etwas über den öffentlichen Haushalt oder sogar über einen sogenannten Nothaushalt? Wer öffnet ihnen die Türen zu den großen gesellschaftlichen Debatten und baut ihnen eine Brücke zwischen diesen komplexen Themen und der eigenen Lebenswirklichkeit?

Dieser Aufgabe stellen sich die Studierenden und Absolventen der Fachschule für Heilerziehungspflege. Sobald unsere Auszubildenden im Rahmen der praxisintegrierten

Ausbildung nach einer „Schulwoche“ (Theorie) wieder ihre Ausbildungsstätte (Praxis) betreten, schlüpfen sie selbst in die Rolle der Lehrenden: Sie reduzieren und erklären komplexe Inhalte, erstellen didaktisches Material und schulen die Kund*innen im Umgang mit digitalen Endgeräten.



Wie bereiten wir Lehrenden am Berufskolleg unsere Studierenden auf diese wichtige Aufgabe vor?

Die Bildungspläne der Fachschulen für Heilerziehungspflege und Sozialpädagogik des Landes Nordrhein-Westfalen versuchen, diesem Anspruch gerecht zu werden, indem zusätzlich zu dem Schwerpunkt „Demokratie und Partizipation“ noch die Behandlung 15 weiterer Themenfelder gefordert wird.¹

Für den Bildungsgang Heilerziehungspflege stehen insgesamt elf Großthemen wie

- „Demokratieverständnis des Grundgesetzes“,
- „Partizipationsmöglichkeiten auf Bundesebene“,
- „Sozialstaat“,
- „Kommunalpolitik“,
- „Betriebliche Mitbestimmung“ ... auf der Stundentafel.²

Die didaktische Wirklichkeit sieht jedoch so aus, dass z.B. im Bildungsgang Heilerziehungspflege für das Fach Politik/Gesellschaftslehre in zwei Jahrgängen jeweils eine Doppelstunde pro Schulwoche unterrichtet wird. In der Summe kommen wir so auf maximal 32 Doppelstunden während der gesamten Ausbildung. Da wir als Fach-

schule keinen Vorlesungsbetrieb unterhalten, sondern Unterricht anbieten, können wir viele der vorgesehenen Inhalte nur anreißen, aber nicht vertiefen.

Ohnehin stellt sich die Frage, inwiefern es der Kundin oder dem Kunden in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung oder im wohnbezogenen Bereich Teilhabe ermöglicht, wenn die Studierenden der Fachschule ihnen den Föderalismus oder den Rechtsstaat erklären.

Diesem Umstand versuchen die Bildungspläne der Fachschulen für Heilerziehungspflege und Sozialpädagogik gerecht zu werden, indem sie nicht das Reproduzieren von Inhalten, sondern berufsrelevante Kompetenzen als die eigentlichen Ziele der Ausbildung definieren. Die auf Teilhabe bezogenen Kompetenzen lauten z.B.:

„Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger

- führen eine systematische Analyse von Lebenssituationen und Hilfebedarfen durch.
- unterstützen Klientinnen und Klienten bei der Entwicklung eigener Zielsetzungen.
- wenden unterschiedliche Modelle und Verfahren zur Unterstützung von Teilhabeprozessen [...] an.
- reflektieren ihr Handeln kriteriengeleitet vor dem Hintergrund fachlicher Rahmenbedingungen.“³

Diese Kompetenzen werden auch, aber nicht nur im Unterricht für Politik/Gesellschaftslehre angebahnt und geübt. Partizipation stellt eine sogenannte Querschnittsaufgabe in der Ausbildung an der Fachschule dar, sie wird also in den unterschiedlichsten Zusammenhängen thematisiert.

Konkret verläuft der Unterricht so, dass wir im Politikunterricht den Fall „Herr B.“ als sogenannte Lernsituation aufgreifen und die Studierenden bitten, ein Handlungskonzept zu entwickeln.

Die erforderlichen Fertigkeiten für diese Intervention werden nicht im Politikunterricht, sondern in den unterschiedlichen Lernfeldern, Lernbereichen und Fächern erlernt. Die Studierenden analysieren die Lebenssituation ihrer Assistenznehmenden, indem sie Bedürfnisse und Ressourcen ermitteln. Sie formulieren Ziele, recherchieren erforderliche Fachkenntnisse, planen und organisieren Fördermaßnahmen, führen sie zum Teil im Rollenspiel durch und reflektieren darüber. Speziell für diesen Fall wenden die Studierenden die Techniken des Aktiven Zuhörens, der Leichten Sprache, der Visualisierung und ihre eigenen Medienkompetenzen an.



Am Ende dieser Fördermaßnahme hat Herr B. vielleicht eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, die ihm gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglicht und mit ihm gemeinsam eine Online-Petition formuliert. Herr B. erlebt Eigenwirksamkeit und Solidarität, denn seine Initiative findet öffentliches Gehör, auch wenn die Rettung der Bücherei möglicherweise nicht erreicht wird.

Herr B. ist ein frei erfundener Charakter – er repräsentiert jedoch viele Menschen in unserer Gesellschaft, die ein entsprechendes Setting bzw. Unterstützung benötigen, um ihrem Recht auf Teilhabe Geltung zu verschaffen.

Jörg Zimmermann ist Lehrer für Gesellschaftslehre und Theorie/Praxis der Heilerziehungspflege sowie Bildungsgangleitung HEP.

Christiane Schal ist Dipl.-Sozialpädagogin und Soziologin (M.A.). Sie unterrichtet am Berufskolleg u.a. Politik/Gesellschaftslehre.

Sehr geehrter Herr Heinrichs...

Helmut Schneider stellt sich dem künftigen Oberbürgermeister von Mönchengladbach in einem Brief als Wähler vor

von Barbara John

Der 1954 geborene Helmut Schneider war in seiner Kindheit sehr krank und wuchs mehr in Krankenhäusern auf als zu Hause. Als seine damals noch minderjährige Mutter ihn zu sich nehmen wollte, veranlasste seine Großmutter eine Unterbringung im Heim. Helmut war damals drei Jahre alt. In der Schule schaffte er es nur bis zum 5. Schuljahr. „Ich war eben zu dumm“, sagte er in einem Gespräch.

So arbeitete er als Hilfskoch in Großküchen, als Arbeiter in Wäschereien und als Hausmeister in einer Gaststätte. Mit 48 Jahren erkrankte er wieder, erholte sich nur langsam und erhielt Frührente. Seit 2000 arbeitet er stundenweise in einer tagesstrukturierenden Maßnahme der Mobilen Pädagogischen Dienste der Stiftung Hephata. Da sein künstlerisches Talent und sein Interesse für die Poesie den Mitarbeiterinnen auffiel, bot man ihm die Teilnahme im Atelier Strichstärke an.

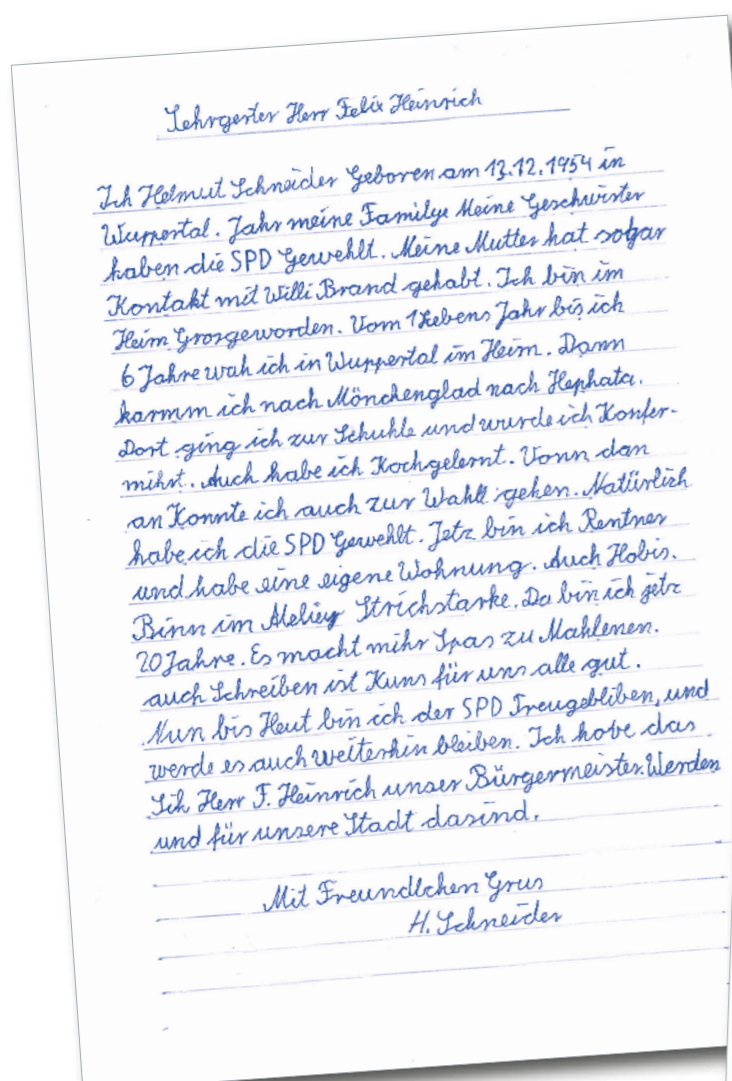


© Hephata

Helmut Schneider ist nun bereits seit 20 Jahren ein aktives Mitglied im Atelier Strichstärke und kann auf eine kleine Erfolgsgeschichte zurückblicken. Er hat bei internationalen Schreibwettbewerben der „Wortfinder e.V.“ aus Bielefeld gewonnen. Bilder, Plastiken und textile Kunstwerke von ihm sind in vielen Ausstellungen gezeigt worden.

Die Zusendung der Wahlbenachrichtigung und eine persönliche schriftliche Vorstellung von Felix Heinrichs, SPD-Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl in Mönchengladbach, nahm Helmut Schneider zum Anlass, sich auch seinerseits einmal persönlich in einem Brief als Wähler vorzustellen. Für Helmut Schneider ist der Gang zur Wahlurne eine selbstverständliche Pflicht und eine Möglichkeit der Teilhabe am politischen Leben.

Barbara John leitet mit Yvonne Klaffke zusammen das Atelier Strichstärke.



VISION HEPHATA

EINE MENSCHENRECHTS- UND BÜRGERRECHTSBEWEGUNG

Das Kuratorium unserer Stiftung musste neulich den Text unserer Stiftungssatzung bestimmten aktuellen Erfordernissen anpassen. Das ist immer wieder mal erforderlich und meist nur eine Formsache. Diesmal kam allerdings eine unauffällige, aber inhaltlich bedeutsame Änderung hinzu. Es wurde ein Komma gestrichen. Und ein „als“ wurde eingefügt.

Bislang hieß es in § 2 (3): „Alle Dienste haben sich am Wohl und an den Interessen der Behinderten zu orientieren, die, soweit möglich, ihr Leben selbst gestalten.“

Nun steht dort: „Alle Dienste haben sich am Wohl und an den Interessen der Menschen mit Behinderung zu orientieren, die so weit als möglich ihr Leben selbst gestalten.“

Dass wir heute nicht mehr, wie vor 25 Jahren, von „Behinderten“ reden, sondern von „Menschen mit Behinderung“, das ist klar und insofern auch nur redaktionell. Inhaltlich bedeutsam aber sind das fortgefallene Komma und das hinzugefügte „als“. Ob es damals so gemeint war, sei einmal dahingestellt – aber die Formulierung von 1996 lässt sich so verstehen, als gäbe es Menschen, für die ein selbstbestimmtes Leben möglich ist – aber andererseits auch welche, für die das leider nicht möglich ist.

Eine solche Unterscheidung kann man nach unserer heutigen Überzeugung auf keinen Fall machen. Im „Mission Statement“ unseres Leitbildes heißt es sehr deutlich: „Alle Menschen erfahren Begrenzungen – vor allem Menschen mit Behinderungen.“ Und weiter: „Alle Menschen haben Potenzial – auch Menschen mit Behinderungen.“

Grenzenlose Selbstbestimmung kann es für niemanden geben, das ist klar. Es erfahren eben alle Menschen auch Begrenzungen bezüglich ihrer Wünsche. Auch ich, der ich gerade diesen Artikel schreibe. Auch Sie, die Sie ihn jetzt lesen. Aber davon auszugehen, dass es Menschen gibt, für die Selbstbestimmung leider nicht in Frage kommt, die also nicht leben können, sondern gelebt werden müssen: das wäre ein Unding.



Karl Barthold – der erste Direktor der damaligen „Anstalt Hephata“

Ja, es gibt Menschen und es gibt Situationen, bei denen Dritte nur sehr schwer herausfinden können, wie jemand leben möchte. Patienten im Wachkoma. Menschen auf der allerletzten Strecke ihres Lebens. Opfer schwerer Unfälle oder Straftaten. Was es aber nicht gibt, das ist eine definierbare Grenze zwischen diesen Menschen und allen anderen. Es gibt sehr viele Weisen, auf denen ein Mensch, trotz seiner Schwierigkeiten mit verbaler Kommunikation, zum Ausdruck bringen kann, wie er oder sie leben (und sterben) möchte. Und es gehört zur Professionalität einer Fachkraft, sehr viele Weisen zu beherrschen, dank welcher sie verstehen kann, wie ihr Gegenüber leben möchte. Weil das so ist, ist es richtig, wenn wir sagen: es gilt, dass alle Menschen das Recht haben, ihr Leben so weit als möglich selbst zu gestalten.

Wer keine Wahl hat, hat auch kein Recht. Deshalb beginnt auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit der Feststellung: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Deshalb beginnen Bürgerrechte immer mit dem aktiven und passiven Wahlrecht. Die Präzisierung unserer Stiftungssatzung präzisiert also die Menschenrechts- und Bürgerrechtsorientierung unseres diakonischen

Handelns. Es ist nicht mehr so, dass wir uns in barmherziger Weise bestimmter Menschen annehmen, die uns anvertraut wären. Es ist stattdessen so, dass wir durch unsere Assistenz Menschen dabei unterstützen, ihre Rechte nicht nur zu haben, sondern sie auch so weit als möglich zu leben.

Das Recht auf Partizipation reicht dann noch einen Schritt weiter. Es geht ja nicht nur darum, dass ich das Recht habe, Autor meines Lebens zu sein, also mein Leben so weit als möglich selbst zu gestalten. Es geht auch um das Recht, an der Ausgestaltung unser aller gemeinsamer Lebensbedingungen – von der Hausordnung über die Besetzung des Stadtrates bis hin zur Bundestagswahl – mitzuwirken. Hier ist noch Luft nach oben. Es bleibt also noch genug zu tun auf dem Weg dahin, dass wir eines Tages zu Recht behaupten können: Hephata – das ist nicht nur ein Dienstleister. Hephata – das ist auch eine Menschen- und Bürgerrechtsbewegung.

Christian Dopheide ist scheidender theologischer Vorstand der Evangelischen Stiftung Hephata.

Ein CABito für jede Wohngruppe



Fotos: Udo Leist

Corona zwingt auch die Kinder und Jugendlichen der Jugendhilfe zum Zuhausebleiben. Homeschooling. Distanzunterricht. Nutzung von digitalen Plattformen zum Lernen wie Padlet oder Moodle. Aber wie, ohne eigene Computer? Wie ohne Smartphones?

Es gibt einen Weg: ein CABito für die Wohngruppe.

Digitale Teilhabe bedeutet auch Selbstbestimmung. Wie aber kann ein Kind in einer Wohngruppe selbstbestimmt am Leben teilnehmen, wenn es seine Rechte nicht kennt oder aber es Probleme in der Wohngemeinschaft gibt? Wie können Kinder Zugang zu den Kinderrechten, externen Beschwerdestellen erhalten? Wie an Prozessen beteiligt werden, die sie selbst betreffen? Ohne eigenes Smartphone, ohne eigenen Computer?

Es gibt einen Weg: ein CABito für die Wohngruppe.

Google mal das Stichwort... Such mal Informationen über... Wie kann das funktionieren ohne eigene Computer und ohne eigene Smartphones? Ohne die Möglichkeit vonseiten der Betreuer, kindgerechte Suchmaschinen einzustellen?

Es gibt einen Weg: ein CABito für die Wohngruppe.



Fußballspielen im Verein? Hiphop bei der VHS? Kickern bei der Kirchengemeinde? Ein Ausflug mit dem Jugendhaus? Anmeldungen heutzutage online. Nur wie, ohne eigene Computer und Smartphones?

Es gibt ein Weg: ein CABito für die Wohngruppe.

Lesen und Verstehen komplexer Inhalte. Informationen in Leichter Sprache. Oder ganz ohne Text. Das alles gibt es im Internet. Nur wie sollen Kinder und Jugendliche an diese Seiten kommen, wenn sie über keinen eigenen Computer oder kein eigenes Smartphone verfügen?

Es gibt einen Weg: ein CABito für die Wohngruppe.

Wer kommt wann zum Dienst? Was gibt es zu essen? Was steht nochmal in der Hausordnung? Die Fahrpläne für den Öffentlichen Nahverkehr? Welche Aktivitäten stehen an? Wo sind die zusammengefassten Informationen zu finden? Die News der Wohngemeinschaft?

Es gibt einen Weg: ein CABito für die Wohngruppe.

Es gibt bei der Evangelischen Stiftung Hephata 14 Wohngruppen der Jugendhilfe, in denen die Kinder und Jugendlichen benachteiligt sind. Digital abgehängt.

Aber es gibt einen Ausweg: CABitos für alle Wohngruppen.

Was verbirgt sich hinter diesem Zauberwort? Ein **CABito** ist ein sehr stabiles Touchpad mit intuitiver Steuerung, ein barrierefreies Informationssystem. Auf dem Bildschirm des transportablen Tischmodells können sogenannte Kacheln gedrückt werden. Und was sich hinter diesen Kacheln befindet, kann der Administrator jeder Wohngruppe, jeder Wohngemeinschaft festlegen. Eine Demovariante hat mehrere Wochen bei der Jugendhilfe die Runde gemacht und ist von Wohngruppe zu Wohngruppe weitergereicht worden. Nicht nur die Betreuer, auch die Kinder und Jugendlichen haben schon viele Ideen für die Nutzung eines CABito.

Die CABitos werden in den zur Caritas Augsburg gehörenden Ulrichswerkstätten Schwabmünchen hergestellt. Als Tischmodell belaufen sich die Anschaffungskosten auf 1659,00 Euro zuzüglich einer entsprechenden Softwarelizenz.

Mit Ihrer Spende können Sie dafür sorgen, dass auch die Kinder und Jugendlichen der Jugendhilfe-Wohngruppen nicht auf dem digitalen Abstellgleis landen.

Dass sie Zugang zu den Kinderrechten sowie zu externen Beschwerdestellen erhalten. Dass sie an den sie betreffenden Prozessen beteiligt werden.

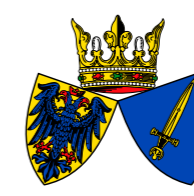
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Aachen



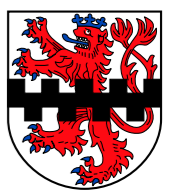
Düsseldorf



Essen



Krefeld



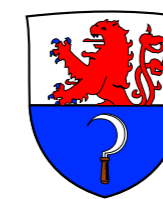
Leverkusen



Mönchengladbach



Oberhausen



Remscheid



Solingen



Wuppertal



Rhein-Erft-Kreis



Kreis Heinsberg



Kreis Euskirchen



Kreis Gütersloh



Kreis Mettmann



Rhein-Kreis-Neuss



Kreis Viersen



Rheinisch-Bergischer-Kreis



Märkischer Kreis



Rhein-Sieg-Kreis

Dies sind die Wappen aller Kreise und Städte, in denen die Evangelische Stiftung Hephata aktuell mit Angeboten in den Bereichen Wohnen, Jugendhilfe, Bildung und Werkstätten aktiv ist.

Impressum

HephataMagazin

Einblicke - Ansichten - Ausblicke
20. Jahrgang

Herausgeber:

Evangelische Stiftung Hephata
Hephataallee 4
41065 Mönchengladbach
Pfarrer Christian Dopheide, theologischer Vorstand
Telefon: 0 21 61 / 246 - 0
Telefax: 0 21 61 / 246 - 2120
E-Mail: post@hephata-mg.de
Internet: www.hephata-mg.de

Beirat:

Karsten Bron, Oberhausen
Oberkirchenrat i. R. Klaus Eberl, Wassenberg
Marcel Roemer, Mönchengladbach
Prof. Dr. Sandra Glammeier, Mönchengladbach
Dr. Christof Stamm, Kaarst
Vanessa Strauch, Düsseldorf
Dr. Harald Ulland, Waldniel

Redaktion:

Christian Dopheide, Susanne Westen
Telefon: 0 21 61 / 246 - 1200
E-Mail: hephatamagazin@hephata-mg.de

Konzept / Grafik Design:

Udo Leist, Studio für Kommunikationsdesign
41466 Neuss, Tel.: 0 21 31 - 74 54 88

Druck:

Das Druckhaus Beineke Dickmanns GmbH, Korschenbroich

Spendenkonto:

KD-Bank, Dortmund IBAN: DE84 3506 0190 0000 0011 12
BIC: GENODED1DKD

Alle Freunde und Förderer der Evangelischen Stiftung Hephata erhalten das HephataMagazin kostenlos.

Copyright©

Evangelische Stiftung Hephata, Udo Leist - Kommunikationsdesign

Alle Rechte vorbehalten, fotomechanische oder elektronische Wiedergabe auch einzelner Teile, sowie Nachdruck nur mit Quellenangabe und Genehmigung des Herausgebers.

Die Evangelische Stiftung Hephata ist Mitglied in:

Diakonie

VdDD
Verband diakonischer Dienstgeber
in Deutschland

Brüsseler Kreis

Landesverband
evangelische
Beratungsdienste
BeB



Ausbildung im sozialen Bereich am Hephata Berufskolleg

Sie arbeiten gerne mit Menschen und sehen Ihre Zukunft in einer Tätigkeit im sozialen Bereich? Dann sollten wir uns kennenlernen!



UNSERE BILDUNGSGÄNGE

- **Sozialpädagogik (Erzieher)**

praxisintegrierte Ausbildung zum Erzieher (m/w/d)

Abschluss: Staatlich anerkannte Erzieher mit der Möglichkeit zum Erwerb der Fachhochschulreife.

- **Heilerziehungspflege**

praxisintegrierte Ausbildung zum Heilerziehungspfleger (m/w/d)

Abschluss: Staatlich anerkannte Heilerziehungspfleger mit der Möglichkeit zum Erwerb der Fachhochschulreife.

- **Sozialassistent, Schwerpunkt Heilerziehung**

Ausbildung zum Sozialassistenten - Schwerpunkt Heilerziehung (m/w/d)

Abschluss: Staatlich geprüfte Sozialassistenten - Schwerpunkt Heilerziehung.



Berufskolleg der Ev. Stiftung Hephata

Schwalmstraße 206
41238 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 – 4 52 90 30-0

Internet: www.hephata-berufskolleg.de

E-Mail: berufskolleg@hephata-mg.de



bildung
berufskolleg

HEPHATA. unternehmen mensch.